



STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

HENDRIK SANDER,
BASTIAN SIEBENMORGEN
UND SÖREN BECKER

KOHLEAUSSTIEG UND STRUKTURWANDEL

FÜR EINE SOZIALÖKOLOGISCHE
TRANSFORMATION IM RHEINISCHEN REVIER

HENDRIK SANDER, BASTIAN SIEBENMORGEN
UND SÖREN BECKER

KOHLEAUSSTIEG UND STRUKTURWANDEL

FÜR EINE SOZIALÖKOLOGISCHE
TRANSFORMATION IM RHEINISCHEN REVIER

HENDRIK SANDER ist freiberuflicher Politikwissenschaftler und politischer Aktivist. Er hat in Bremen und Oldenburg studiert und in Kassel zum Thema grüner Kapitalismus und deutsche Energiepolitik promoviert. Als PR-Referent, politischer Bildner und Kolumnist hat er gelernt, komplexe Sachverhalte anschaulich für verschiedene Zielgruppen aufzubereiten. In der deutschen Klimabewegung war er seit ihren Anfängen aktiv, etwa beim Berliner Energietisch oder bei Ende Gelände.

BASTIAN SIEBENMORGEN studiert Geografie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Im Umfeld seines Studiums hat er verschiedene selbstorganisierte Seminare und Exkursionen initiiert, geplant und umgesetzt, wie zum Beispiel eine dreitägige Fahrradexkursion durch das Rheinische Braunkohlerevier. Aufgewachsen im Rheinland, ist er seit Jahren Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung mit Ausrichtung auf das Rheinische Braunkohlerevier.

SÖREN BECKER lehrt und forscht zu nachhaltiger Regionalentwicklung, zu Digitalisierung sowie zur Verankerung demokratischer Energiepolitik in Städten und Regionen. Zusätzlich zu seiner Forschung arbeitete er wiederholt zusammen mit Kommunen und sozialen Bewegungen an Projekten im Energiebereich.

Danksagung

Das Autorenteam dankt Laura Weis für die wichtige Unterstützung bei der Erstellung dieser Studie. Anna Schüler hat unsere Recherche zu verschiedenen Projekten unterstützt. Bei Rainer Nickel bedanken wir uns besonders für die inhaltliche Begleitung und für das Knüpfen von wichtigen Verbindungen. Ebenso danken wir Hans Decruppe für die Aufgeschlossenheit gegenüber den Autoren und das Vermitteln wichtiger Kontakte. Ebenso sind wir unseren Interviewpartner*innen und informellen Kontakten zu Dank für ihre offenen Einschätzungen und wertvollen Informationen verpflichtet. Neben den bereits namentlich erwähnten haben folgende Personen an einem Workshop zur Diskussion von Zwischenergebnissen der Studie teilgenommen: Janna Aljets, Bernd Brouns, Fabian Hübner und Kai Kuhnhen. Schließlich gilt unser Dank Tazio Müller für die Organisation eines energiepolitischen Kolloquiums bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Steffen Kühne und Stefanie Ehmsen von der Stiftung für die organisatorische und inhaltliche Betreuung der Studie.

IMPRESSUM

STUDIEN 15/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: November 2020

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Vorwort	5
Zusammenfassung	6
Einleitung	7
1 Politische und diskursive Rahmenbedingungen	9
1.1 Der umstrittene Kohlekompromiss.	9
1.2 Viel Geld für die Regionalförderung	10
1.3 Der Diskurs zum Strukturwandel	10
2 Kohleausstieg und Strukturwandel im Rheinischen Revier	13
2.1 Ausgangslage: RWE und die Beschäftigten.	13
2.2 Der Kohleausstieg und die regionale Zivilgesellschaft	16
2.3 Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier: Organisation des Strukturwandels	18
2.4 Das Wirtschafts- und Strukturprogramm: Inhalte und Projekte des Strukturwandels.	23
3 Eine linke Transformationsstrategie für ein sozialökologisches Revier	27
3.1 Einordnung	27
3.2 Alternative Eckpunkte	28
3.3 Handlungsfelder	30
3.4 Strategischer Ausblick	33
Literatur	34
Anhang	38
A Liste der im Rheinischen Revier geführten Interviews.	38
B Überblick über die Gesellschafter der Zukunftsagentur Rheinisches Revier	38
C Übersicht über die Akteure im Rheinischen Revier	39

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Energiewende ist von demokratischen Bewegungen erkämpft. Sie ist ökologisch und ökonomisch unabdingbar. Das Ende des Braunkohleabbaus und der mit dieser Kohle befeuerten Kraftwerke ist nicht zuletzt ein Erfolg der Umweltbewegungen. Aber es bedeutet auch den Verlust von hergebrachten Strukturen und Arbeitsplätzen. Allzu leicht entstehen daraus Konflikte zwischen Verteidiger*innen der Arbeitsplätze und den Kämpfer*innen für Klima und Umwelt. Linke Politik im Sinne einer verbindenden Klassenpolitik muss versuchen, die Interessen der vom Strukturwandel vor Ort Betroffenen und die umfassenden Interessen an einer Energiewende zusammenzubringen.

Dass der Ausstieg aus der Kohle nicht nur die hier Beschäftigten, sondern die bislang industriell geprägten Landstriche im Ganzen vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen stellt, hatte eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Umbrüche in der Lausitz schon im Juni 2019 hervorgehoben (vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019). Der ökonomische Strukturwandel verändert jedoch nicht nur im Osten der Republik das Gesicht ganzer Regionen. Im Ruhrgebiet ist dieser Prozess längst nicht abgeschlossen und führt immer noch zu tief greifenden sozialen Verwerfungen. Nun steht das Rheinische Revier, die Braunkohleregion zwischen Aachen, Neuss und Düren, vor einer ähnlich krisenhaften Entwicklung. Wie dieser Strukturwandel aussehen soll, wie schnell er sich vollziehen müsste und wie die betroffenen Menschen einbezogen werden, ist Gegenstand der politischen und sozialen Auseinandersetzung, an der Parteien und Unternehmen ebenso beteiligt sind wie Gewerkschaften, Klimaaktivist*innen und Initiativen der Bürger*innen vor Ort.

Im Rheinischen Revier geht mit der Besiegelung des Kohleausstiegs und dem absehbaren Aus für die verbliebenen Tagebaue nicht nur energiepolitisch eine Ära zu Ende. Mit Milliarden an öffentlichen Fördergeldern sollen die Härten dieses Umbruchs abgefedert und neue Impulse für eine regionale Entwicklung gesetzt werden. Doch wer bestimmt über die Verwendung dieser Gelder? Welche Pläne für die sozialverträgliche Umgestaltung der Region gibt es? Und wie werden die betroffenen Bürger*innen einbezogen?

Die vorliegende Studie ermöglicht einen Überblick über die Strukturen, in denen sich der Wandel vollziehen soll. Sie analysiert die Prozesse der Entscheidungsfindung und Mittelvergabe. Die Autoren fragen, wie dieser Strukturwandel für das Revier eigentlich gestaltet sein müsste, um den Erfordernissen der Zukunft zu genügen, ob und wie er von den Betroffenen mitgetragen werden kann. Sie haben hierzu mit Menschen gesprochen, die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven auf ihre Region blicken und die doch alle die Hoffnung verbindet, die Veränderungen vor Ort aktiv mitgestalten zu können.

Die Studie zeigt, dass es hier um einen verordneten Transformationsprozess geht, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme und Mitgestaltung von unten kaum gegeben sind. Den verordneten Wandel von oben konfrontieren die Autoren mit einem linken Gegenentwurf, der nicht nur versucht, die Spannungen zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen mit dem Entwurf einer umfassenden gesellschaftlichen Transformationsperspektive aufzulösen, sondern auch grundlegend neue Formen der Beteiligung einfordert.

Wenn wir verhindern wollen, dass Ökologie- und Umweltinteressen gegen das Interesse am Erhalt von gewachsenen regionalen Strukturen und Arbeitsplätzen ausgespielt werden, dann müssen wir uns beteiligen an der Debatte um einen sozial verträglichen und zukunftsweisenden Transformationsprozess. Denn darin, dass nichts bleibt, wie es ist, liegt bei allen berechtigten Sorgen stets auch die Hoffnung, dem guten Leben für alle gemeinsam näherkommen zu können.

Wir hoffen, diese Publikation leistet einen Beitrag dazu, die Diskussion um die Gestaltung des Kohleausstiegs mit linken Positionen zu stärken und die Menschen im Rheinland dabei zu unterstützen, sich den Strukturwandel in ihrer Region anzueignen. Dass der Kohleausstieg kommt, ist richtig und notwendig - dass es dabei auch gerecht zugeht, ist eine gemeinsame Herausforderung.

Dr. Dagmar Enkelmann,
Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
und Karl-Heinz Heinemann,
Vorsitzender Landesstiftung Nordrhein-Westfalen
Berlin, im Oktober 2020

ZUSAMMENFASSUNG

Im Sommer 2020 wurden zwei Gesetze verabschiedet: Das «Kohleausstiegsgesetz» regelt die Abschaltung deutscher Kohlekraftwerke bis zum Jahr 2038, das parallel dazu verabschiedete «Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen», wie die milliardenschweren Finanzhilfen zur Förderung des Strukturwandels in den am meisten vom Kohleausstieg betroffenen Regionen verteilt werden sollen. Ersteres steht in der Kritik, weil die als Kohlekompromiss beschlossenen Schritte bei Weitem nicht ausreichen werden, um die nötigen CO₂-Einsparungen zu erzielen, und mit üppigen Entschädigungen für die Energiekonzerne erkaufte wurden. Zudem ist fraglich, ob mit den gesetzlich festgelegten Konditionen der Mittelvergabe manche Gruppen und Interessen nicht eindeutig bei der Gestaltung des Strukturwandels benachteiligt werden.

Diese Studie befasst sich aus einer sozialökologischen Perspektive mit der aktuellen Umsetzung des sogenannten Kohlekompromisses im Rheinischen Braunkohlerevier in Nordrhein-Westfalen. Das heißt für uns anzuerkennen, dass der Kohleausstieg möglichst schnell erfolgen muss, dabei aber auch die Interessen der in der Industrie Beschäftigten zu beachten sind. Gleichzeitig gilt es, die Grenzen des Wachstums zu akzeptieren und sich auf die Suche nach wirklich innovativen Alternativen im sozialen und ökologischen Sinne zu begeben. Dies lohnt sich im Rheinischen Revier besonders, weil diese Region erstens als Vorbild für den Strukturwandel in anderen Teilen Deutschlands gesehen wird, zweitens weil dort eine aktive und kritische Zivilgesellschaft existiert und drittens weil dort eine Reihe von Konflikten – insbesondere die enorme Macht von Energiekonzernen wie RWE – sichtbar wird, mit denen sich auch linke Politik auseinandersetzen muss. Die Studie leistet Folgendes:

Erstens gibt sie einen Überblick zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Kohleausstieg und regionalen Strukturwandel und setzt sich kritisch mit den wissenschaftlichen und politischen Diskursen, die diese begleiten, auseinander. Dabei wird klar, dass die Diskussionen um den Strukturwandel von einem verengten Verständnis von regionaler Entwicklung geprägt sind. So geht es vorrangig um die Förderung von Innovationen und neuen Geschäftsmodellen auf der Basis «grüner Technologien», zum Beispiel Wasserstoffantrieben oder nachwachsender Rohstoffe in der Bioökonomie. Diese sollen, vor Ort entwickelt, neue Arbeitsplätze generieren und regionale Unternehmen fit für den internationalen Wettbewerb machen (oder halten). Dafür sollen verschiedene Akteure aus Wirtschaft,

Wissenschaft und Politik in einem koordinierten Prozess zusammenarbeiten. Dabei wird die vorherrschende desaströse Wirtschaftsweise nicht hinterfragt, aber auch die Interessen der Beschäftigten spielen hier nur eine nebensächliche Rolle.

Zweitens analysiert die Studie die wirtschaftlichen Strukturen sowie aktuellen Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse und Akteurskonstellationen im Rheinischen Revier. Die sogenannte Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) fungiert hier als Forum für die Erarbeitung von Konzepten, aber auch für die Entwicklung von Projektideen. Bis zum Sommer 2020 – dem Redaktionsschluss dieser Studie – wurden in einer ersten Runde 83 Projekte als grundsätzlich förderfähig eingeschätzt. Dieser Prozess lässt sich aus verschiedenen Blickwinkeln kritisieren, besonders frappant ist jedoch der Charakter der ZRR als privatwirtschaftlich organisierte Organisation, die ohne umfassende demokratische Kontrolle zentrale Weichen für die Zukunft der Region stellt. Problematisch aus linker Sicht erscheint zudem der erhebliche Einfluss von RWE und des derzeit FDP-geführten Wirtschaftsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. So ist auch die regionale Zivilgesellschaft gespalten, ob sie sich an der Arbeit der ZRR beteiligen oder weiter konsequent für einen baldmöglichen Kohleausstieg kämpfen soll.

Drittens liefert die Studie einige Anregungen, was den Leitlinien des Strukturprogramms von links entgegengesetzt werden und die Auseinandersetzung um den Strukturwandel wieder öffnen könnte. Orientiert am Prinzip eines guten Lebens für alle, sollte es darum gehen, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, verschiedene Formen von Arbeit anzuerkennen und gerechter zu verteilen und neue Technologien mehr nach ihrem gesellschaftlichen Nutzen als nach ihren Gewinnerwartungen zu bewerten. Ein konsequenter Kohleausstieg ließe sich beispielsweise mit einer Demokratisierung des Energiesektors verbinden, etwa über den Ausbau und die Stärkung von Stadtwerken und Energiegenossenschaften. Mit einem Ausbau des Care-Sektors und sozial gerechter Gebäudesanierung könnten neue Arbeitsplätze geschaffen und könnte einer «grünen Gentrifizierung» entgegnet werden. Mobilitätswende, ökologische Landwirtschaft und eine «Dorfentwicklung von unten» sind ebenfalls Ansätze, die sich in eine linke Regionalpolitik integrieren lassen und die teilweise schon im Rheinischen Revier erprobt und gelebt werden. So könnte sich der Kohleausstieg als Chance für einen grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel erweisen.

EINLEITUNG

Der Kohleausstieg wird auch nach der Corona-Pandemie in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Entsprechend verabschiedete der Bundestag noch kurz vor der Sommerpause 2020 ein Gesetzespaket, das den Ausstieg aus dem Kohleabbau bis 2038 fest schreibt und gleichzeitig die Energiekonzerne mit Milliardenzahlungen entschädigt. Gleichzeitig sollen Mittel in die betroffenen Regionen fließen, um den anstehenden Strukturwandel zu unterstützen. Diese Gesetze sind das Ergebnis von langjährigen Konflikten und Auseinandersetzungen, und obwohl die Regierung versucht, sie als Lösung zu präsentieren, sind sie nicht der Endpunkt der Auseinandersetzung. Viele NGOs und nicht zuletzt die Klimagerechtigkeitsbewegung und Fridays for Future kritisieren das späte Ausstiegsdatum. Um die Wucht der Klimakrise zumindest abzumildern, müssen die Kohlekraftwerke so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Andererseits bietet der geschlossene Kompromiss den noch verbleibenden Kohlearbeiter*innen eine sichere Zukunftsperspektive. Die Konflikte um die Zukunft – der Klimapolitik, der Kohleindustrie und der in ihr Beschäftigten sowie der Regionen – zeigen sich wie unter einem Brennglas in Deutschlands größtem Tagebaugebiet: dem Rheinischen Revier.

Das Rheinische Braunkohlerevier liegt westlich des Rheins zwischen den Zentren Köln, Aachen und Mönchengladbach. Seit rund 200 Jahren wird dort Kohle abgebaut. Aktuell sind drei Tagebaue im Betrieb, die insgesamt vier Kraftwerksstandorte mit Kohle beliefern. Jedes Jahr stoßen sie große Mengen CO₂ aus. Klimaaktivist*innen sehen im Rheinland sogar die größte CO₂-Quelle in ganz Europa – und damit einen wesentlichen Treiber der Klimakrise.

Nicht alle Menschen aus der Region sind gegen den Kohleabbau. Denn die Braunkohle bietet rund 9.000 Beschäftigten gut bezahlte Arbeitsplätze, schafft Wertschöpfung in der Region und gehört für viele Rheinländer*innen zur regionalen Identität. Für viele Menschen, die in der Nähe der Tagebaue leben, ist der Braunkohleabbau jedoch vor allem eines: der Grund, aus dem der Energiekonzern RWE ihre Häuser und Dörfer zerstört. Mehr als hundert Dörfer sind den Kohlebaggern in den vergangenen Jahrzehnten bereits zum Opfer gefallen. Trotz der Klimakrise will RWE die Kohle unter sechs weiteren Dörfern abbauen und dafür Menschen enteignen und zur Umsiedlung zwingen.¹ Auch der Hambacher Forst² – viel beachteter Ort von Protesten gegen den Tagebau im Sommer 2018 – ist nach wie vor nicht endgültig vor der Abholzung gerettet. Die Debatte um Kohleausstieg und Strukturwandel im Rheinland ist also von widersprüchlichen Interessen und Sichtweisen geprägt.

Um den Strukturwandel zu unterstützen, will die Bundesregierung den Kohleregionen von 2020 bis 2038 jährlich rund zwei Milliarden Euro bereitstellen. Im Rheinland ist die Zukunftsagentur Rheinisches Re-

vier (ZRR) dafür zuständig, ein Konzept für den Strukturwandel und die Vergabe der Gelder zu erarbeiten. Damit gibt sie einen Rahmen vor, in dem Konflikte um die Ausgestaltung des Strukturwandels im Rheinland ausgetragen werden. Umstritten ist beispielsweise die Frage, welche Akteure in welchen Gremien und Arbeitsgruppen mitreden und mitentscheiden dürfen und welche nicht. Bislang bleiben Umweltverbände oder Tagebaubetroffene weitgehend außen vor. Ferner gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie das Rheinland der Zukunft aussehen soll. Während das von der ZRR erarbeitete Wirtschafts- und Strukturprogramm (WSP) auf ökologische Hightech-Innovationen setzt (ZRR 2019), skizziert der «Zivilgesellschaftliche Koordinierungskreis Strukturwandel» eine Strategie für ein «Gutes Leben und Arbeiten im Rheinischen Revier».³ Nicht zuletzt sind auch die Zukunft von RWE und die Nutzung der dem Konzern gehörenden Flächen umstritten.

Ziel dieser Studie ist es, die Diskussionen um den Strukturwandel im Rheinland aus einer sozialökologischen Perspektive einzuordnen. Das bedeutet für uns, einerseits ernst zu nehmen, dass Deutschland dringend aus der Kohleverstromung aussteigen muss, um Ansprüchen globaler Gerechtigkeit zu entsprechen. Andererseits dürfen dabei nicht die berechtigten Interessen von Beschäftigten an guter Arbeit und einem guten Leben übergangen werden. Eine sozialökologische Perspektive bedeutet auch, die ökologischen Grenzen des Wachstums anzuerkennen und bei der Gestaltung des Strukturwandels zu berücksichtigen. Daraus ergeben sich Fragen wie: Wer kann die Zukunft der Entwicklung in der Region mitbestimmen und wer nicht? Welche Ziele verfolgen die verschiedenen Akteure? Wer werden die Gewinner und die Verlierer im Rheinland sein?

Der vorherrschenden Vorstellung von Strukturwandel möchten wir einen linken Entwurf entgegensetzen, der soziale wie ökologische Interessen berücksichtigt, konkrete Alternativen beinhaltet und gleichzeitig die Perspektive einer grundlegenden Transformation aufmacht. Für die Studie haben wir zahlreiche Quellen ausgewertet, mehrere Veranstaltungen im Revier besucht und neun Interviews mit wichtigen Akteuren durchgeführt (siehe Anhang). Die Studie ist in drei Teile gegliedert. Das erste Kapitel zeigt, wo die Bundesgesetzgebung zur Kohlepolitik gegenwärtig steht, und skizziert wesentliche Elemente des dominanten Diskurses zum Strukturwandel. Im zweiten Kapitel erläu-

¹ Mehr Informationen dazu unter: www.alle-doerfer-bleiben.de/. ² Wir verwenden in dieser Studie die Bezeichnung Hambacher Forst und nicht Hambacher Wald oder Bürgewald, weil sich die Ersterer in der Öffentlichkeit durchgesetzt hat. Auch wenn Forst suggeriert, dass es sich hier um ein intensiv genutztes Waldstück handelt, sehen wir den Wald als wertvolles Ökosystem, das jedoch historisch (teilweise kollektiv) von Menschen genutzt und geformt wurde. ³ Vgl. <https://revierperspektiven-rheinland.de/>.

tern wir, welche Strukturen und Prozesse den Strukturwandel im Rheinischen Revier prägen. Wir analysieren, welche Akteure die wichtigsten Entscheidungsprozesse beherrschen und welche inhaltliche Stoßrichtung

sie der regionalen Transformation geben. Daran anschließend formulieren wir im dritten Kapitel Eckpunkte und Handlungsempfehlungen für den Strukturwandel aus einer linken, sozialökologischen Perspektive.

1 POLITISCHE UND DISKURSIVE RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 DER UMSTRITTENE KOHLEKOMPROMISS

Klima gegen Jobs und Profite – so lässt sich der Grundkonflikt in der Debatte um einen Kohleausstieg in Deutschland auf den Punkt bringen. Diese Situation lässt sich gut an verschiedenen Protesten im Jahr 2015 festmachen: So demonstrierten im April 2015 Umweltverbände für einen Kohleausstieg bis 2030 und fast zeitgleich die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) gegen eine Sonderabgabe für Kohlekraftwerke. Im August des Jahres besetzten Aktivist*innen von Ende Gelände erstmals einen Braunkohletagebau im Rheinischen Revier und stießen auf erbitterte Gegenwehr von RWE und Polizeikräften.⁴ Diese widersprüchlichen Interessen prägten die harten Verhandlungen in der sogenannten Kohlekommission und die darauffolgenden Diskussionen, wie der Strukturwandel auf Bundesebene und im Rheinland ausgestaltet werden soll.

Im Juni 2018 beauftragte die Bundesregierung die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, «einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Gestaltung des energie- und klimapolitisch begründeten Kohleausstiegs und des damit verbundenen Strukturwandels in Deutschland herzustellen» (BMWI 2019c). In der Kommission kamen rund 30 Vertreter*innen aus Wirtschaft und Industrie, den Kohleregionen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und Wissenschaft zusammen. Im Januar 2019 stellte die Kommission ihren Abschlussbericht vor, dem fast alle Mitglieder zugestimmt hatten. Auch die Delegierten von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen hatten unterschrieben – außer die Vertreterin der Tagebaubetroffenen in der Lausitz, Hannelore Wodtke.

Der Bericht hat zwei inhaltliche Schwerpunkte: Zum einen enthielt er Empfehlungen, wie lange die deutschen Kohlekraftwerke noch laufen sollen. Zum anderen machte er Vorschläge zum Strukturwandel in den Braunkohleregionen (KWSB 2019). Die Kommission empfahl, Kohle weiterhin bis zum Jahr 2038 zu verstromen, aber auch einen festen Fahrplan zur schrittweisen Abschaltung großer Kapazitäten bis Ende 2029. Unter günstigen Bedingungen soll die Kohleverstromung schon 2035 enden. Als Ergebnis der Aushandlungen wird in diesem Gesetz von einem Kohlekompromiss gesprochen, der allerdings häufig kritisiert wurde. Während die IG BCE (2019) darin einen «akzeptablen Pfad zum Ende der Kohleverstromung» sieht, sind sich Umwelt- und Klimaakteure einig, dass der Kompromiss aus klimapolitischer Sicht ungenügend ist. Dennoch bewerten die in der Kommission vertretenen Umweltverbände (vgl. BUND et al. 2019) genau wie andere eher gemäßigte Akteure (vgl. Klima Allianz Deutschland 2019) den Kompromiss als einen ersten Schritt, um mit dem Kohleausstieg zu beginnen und Dörfer sowie den Hambacher Forst zu erhalten. Andere

übten scharfe Kritik an dem Deal, unter anderem weil der Bund einerseits großzügige Strukturwandelhilfen gewährt, aber andererseits kaum klimapolitischen Zielen gerecht wird (vgl. Campact 2019; 350.org 2019; EG 2019).

Bei der Übersetzung des Kommissionsberichts in ein Gesetz, dem Gesetz zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung (Kohleausstiegsgesetz), brachen diese Konflikte wieder offen aus. Während sich eine große Koalition um das Ziel eines relativ langsamen Ausstiegs mit hohen Ausgleichszahlungen sowohl für die Regionen als auch für die Kohlekonzerne sammelte, blieben Klimainteressen zunehmend außen vor. Der Entwurf für das Strukturförderungsgesetz lag entsprechend früh, bereits im Sommer 2019, vor. Um das «Wann» und das «Wie» des Kohleausstiegs wurde hingegen weiter gerungen, auch weil seit jeher enge Beziehungen zwischen Energiewirtschaft und Bundes- wie Landesregierungen bestehen. Eine Einigung zwischen der Bundesregierung und den Kohleregionen wurde am 15. Januar 2020 verkündet: die sogenannte Vereinbarung zur «Sicherung der Strukturhilfe für die Braunkohleregionen». Doch diese Einigung wich in vielen Punkten von den Empfehlungen der Kohlekommission ab, insbesondere verschob sie die Abschaltung von über 50 Prozent der Braunkohlekapazitäten erst in die Zeit nach 2035 – deutlich zu spät, um dem 1,5-Grad-Ziel des Übereinkommens von Paris von 2015 gerecht zu werden. Zusätzlich sollte das Steinkohlekraftwerk Datteln 4 trotz Kohleausstieg noch ans Netz gehen. Die drei Tagebaue im Rheinland sollten ebenfalls weiterlaufen. Dort und auch in anderen Revieren sind somit weiterhin Dörfer von der Abbaggerung bedroht. Entsprechend scharf fiel die Kritik aus: Acht ehemalige Vertreter*innen von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen in der Kohlekommission warfen der Regierung vor, den Kompromiss gebrochen und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft untergraben zu haben (Praetorius et al. 2020).

Besser schien die Zusammenarbeit mit den Energiekonzernen zu funktionieren. Im Frühjahr 2020 wurde bekannt, dass das Unternehmen LEAG, das die Braunkohle in der Lausitz verstromt, ihre Tagebaue und Kraftwerke ohnehin in einem ähnlichen Zeitraum stilllegen wollte, wie im Kohlereduzierungsgesetz vorgesehen. Trotzdem soll das Bergbauunternehmen milliardenschwere Entschädigungen erhalten. Tatsächlich empfahl auch der Kompromiss der Kohlekommission «die Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten im Einvernehmen mit den jeweiligen Kraftwerksbetreibern» (KWSB 2019: 62). Diese Einigung wurde schließlich erzielt kurz vor Ablauf der Frist, ab welcher der Bericht ordnungs-

⁴ Dass die Polizei sich auf Jeeps von RWE durch den Tagebau fahren ließ, um Jagd auf Klimaaktivist*innen zu machen, ist ein deutliches Bild, das die engen Verstrickungen zwischen RWE und der nordrhein-westfälischen Landesregierung zeigt.

politische Maßnahmen empfohlen hatte. Im Juni 2020 einigten sich die Bundesregierung und die Kohlekonzerne auf einen Vertrag, der RWE und LEAG zusammen mehr als 4,3 Milliarden Euro Entschädigung zusichert.⁵ Nach dieser Einigung wurde das Gesetz im Eilverfahren am 3. Juli 2020 im Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Doch auch danach hielt sich die Skepsis in Bezug auf die Klimafolgen und die zukünftige Wirtschaftlichkeit der Kohleverstromung. Es kam die Frage auf, ob diese «Entschädigungen» mit dem europäischen Recht vereinbar sind oder eine versteckte Subvention darstellen. So oder so: Die Zustimmung der Kohlewirtschaft zu einer klimapolitischen Notwendigkeit kostete die Allgemeinheit viel Geld.

1.2 VIEL GELD FÜR DIE REGIONALFÖRDERUNG

Auf den ersten Blick weniger konfliktreich erscheint die Förderung des Strukturwandels in den vom Kohleausstieg am stärksten betroffenen Regionen. Dafür will die Bundesregierung von 2020 bis 2038 insgesamt 40 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Die Verteilung der Gelder wird durch das «Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen» geregelt, das ebenfalls am 3. Juli 2020 beschlossen wurde. Diese Mittel sollen auf zwei Wegen verteilt werden:

Erstens sollen 14 Milliarden Euro direkt an die Braunkohleregionen fließen und von diesen verteilt werden. Für das Rheinische Revier sind 37 Prozent dieser Mittel vorgesehen. Diese Investitionen sollen nach Willen der Bundesregierung anhand der folgenden Kriterien vergeben werden: 1. Schaffung und Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, 2. Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts in den Fördergebieten und 3. Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (BMWi 2019b).

Zweitens sollen im gleichen Zeitraum die übrigen 26 Milliarden Euro für «weitere Maßnahmen zugunsten der Braunkohleregionen» und für zusätzliche Investitionen in Straßen und Schienenwege zur Verfügung gestellt werden. Die Verteilung dieser Mittel liegt in der Zuständigkeit des Bundes. In den kommenden fünf Jahren sollen aus diesem Topf 2,6 Milliarden Euro an Projekte in Nordrhein-Westfalen fließen. Das Gesetz benennt «erste besonders relevante und damit prioritäre Projekte», die in einer ersten Phase Gelder erhalten sollen. Hinzu kommen bereits bestehende Förderprogramme wie zum Beispiel «Unternehmen Revier», das von vier auf acht Millionen Euro pro Jahr aufgestockt werden soll. Ein mit 240 Millionen Euro ausgestattetes Sofortprogramm für die Braunkohlereviere ist nach einer Einigung zwischen Bund und Ländern im April 2020 bereits angelaufen.

Die Leitbilder der einzelnen Kohleregionen sollen als Orientierungsrahmen dienen, nach dem die Mittel vergeben werden. Eine erste Fassung dieser Leitbilder findet sich im Abschlussbericht der Kohlekommission. Demzufolge soll das Rheinische Revier zu einer «Eu-

ropäischen Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensicherheit» werden. Die Leitbilder sollen unter Beteiligung aller relevanten Interessengruppen in den jeweiligen Regionen weiterentwickelt werden. Im Rheinischen Revier ist die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) dafür zuständig, Gelder zu vergeben und den Prozess der Herausbildung eines Leitbildes zu koordinieren (siehe Kapitel 2.3). Damit spielt sich die Aushandlung dessen, was mit diesen Mitteln geschehen soll, vorrangig auf regionaler Ebene ab, ist allerdings auch durch in Wissenschaft und Wirtschaft entwickelte Vorstellungen und Diskurse geprägt.

1.3 DER DISKURS ZUM STRUKTURWANDEL

In den letzten Jahren haben verschiedene wissenschaftliche Institute, Thinktanks und Verbände eine Reihe von Studien verfasst, die sich mit Rahmenbedingungen und möglichen Ansätzen für einen erfolgreichen Strukturwandel in den drei deutschen Braunkohlerevieren auseinandersetzen.⁶ Die meisten Konzepte sind vor dem Kompromiss der Kohlekommission erstellt worden. Einige haben deren Arbeit vorbereitet bzw. die Diskussion um das Thema vorgeprägt. Auftraggeber dieser Publikationen waren Parteien, Verbände, Ministerien und Behörden.⁷ Die Studien unterscheiden sich danach, welche Reviere sie betrachten und miteinander vergleichen, welche Fragestellungen sie bearbeiten, welche Aspekte sie beleuchten und welche Maßnahmen sie im Einzelnen vorschlagen. Doch in ihrer grundlegenden Ausrichtung, an welchen Maßstäben sie den Erfolg eines Strukturwandels bemessen, ähneln sich fast alle Veröffentlichungen. Damit schaffen sie eine kaum hinterfragte Erzählung, die ein bestimmtes Verständnis von Regionalentwicklung dominant und alternativlos erscheinen lässt. Das wollen wir in den folgenden Ausführungen zeigen.

Politische Steuerung des Strukturwandels

Alle Studien sind sich darin einig, dass die Politik die regionale Transformation in den Braunkohleregionen langfristig strategisch planen muss. Sie soll den Strukturwandel frühzeitig und proaktiv gestalten und unterstützen. Dabei sollen die verschiedenen räumlichen Ebenen gut zusammenspielen. Die Aufgabe von EU, Bund und Ländern sei es, einen klaren, verlässlichen Rahmen für alle beteiligten Akteure zu schaffen und die nötigen Finanzmittel bereitzustellen. Die zentrale Rolle bei der Umsetzung des Strukturwandels müsse allerdings die regionale Ebene einnehmen (Kommunen, Landkreise, Bezirksverwaltungen). Dort müs-

⁵ Das Öko-Institut berechnete in einer Studie, dass diese Entschädigungen deutlich höher als die zu erwartenden Kosten ausfallen. So heißt es, dass die vereinbarten 2,6 Milliarden Euro für RWE nur dann angemessen wären, wenn der Konzern tatsächlich Kosten von zwei Milliarden Euro für den Umbau der Tagebaue nachweisen könnte (Matthes et al. 2020). ⁶ Die für die vorliegende Analyse untersuchten Studien sind im Literatur- und Quellenverzeichnis aufgelistet. ⁷ Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat 2019 eine Studie zum Strukturwandel in den Braunkohleregionen unter dem Titel «Nach der Kohle: Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz» veröffentlicht.

se eine in sich stimmige Gesamtstrategie entwickelt werden, die ein regionales Leitbild, Ziele und insbesondere arbeitsfähige Strukturen umfasst. Dafür müssten vor Ort Kompetenzen und Kapazitäten sowie passende Förder-, Entscheidungs- und Umsetzungsstrukturen aufgebaut werden. Vor allem müsse eine regionale Institution befähigt oder neu geschaffen werden, die die Aufgabe übernimmt, diesen Prozess strategisch zu steuern und effektiv umzusetzen. Im Rheinischen Revier ist das zum Beispiel die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (siehe Kapitel 2.3).

Nicht zuletzt empfehlen die meisten Studien, alle relevanten gesellschaftlichen Akteure einzubeziehen. Durch partizipativen Dialog und finanzielle Teilhabe könne Akzeptanz bei der ansässigen Bevölkerung und Zivilgesellschaft⁸ gewonnen werden. Wie in früheren Transformationsprozessen, beispielsweise dem Umbauprozess im Ruhrgebiet, soll der Staat vor allem den Prozess moderieren und grundlegende Infrastrukturen (wie unter anderem öffentlichen Verkehr, Internet) bereitstellen (vgl. kritisch dazu Wissen 2001). Außerdem solle die Politik systematisch Unternehmensgründungen unterstützen, indem sie etwa eine Gründermentalität und eine unternehmerische Risikobereitschaft schon bei jungen Menschen fördere (Prognos AG 2018).

Technische Innovationen für die Regionalentwicklung

Wenn es um die grundlegende Richtung des Strukturwandels geht, folgen fast alle betrachteten Publikationen einer dominanten Sichtweise von Regionalentwicklung. Damit die Reviere (wieder) gedeihen und die alten Arbeitsplätze durch neue ersetzt werden können, müssten vor Ort bestehende Sektoren und Geschäftsfelder (wie die Energiewirtschaft) modernisiert und neu entwickelt werden. Das Ziel dabei ist, dass die Braunkohlereviere sich im Wettbewerb der Regionen behaupten können. Im Zentrum stehen nachhaltig ausgerichtete Wirtschaftssektoren wie erneuerbare Energien oder nachwachsende Rohstoffe. Für diese Modernisierung müsse die Regionalpolitik auf Wachstum setzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen fördern und den regionalen Wirtschaftsstandort stärken. Die Regionen müssten ihre wirtschaftlichen Alleinstellungsmerkmale schärfen sowie neue wirtschaftliche Kerne und Cluster mit hoher Spezialisierung herausbilden. Auch der Bericht der Kohlekommission übernimmt diese Sichtweise und sieht die «Innovationskompetenzen» des Rheinischen Reviers vor allem im «durch die Energiewende neu zu konzipierenden Produkt «Versorgungssicherheit» (KWSB 2019: 90). Für die anderen Reviere ist ebenfalls eine Zukunftsperspektive als «Energieregion» vorgesehen. Um diese Neuausrichtung nach außen zu vermitteln, müsse ein gezieltes Regionalmarketing betrieben werden, sodass die alten Kohleregionen ein neues Image profilieren und eine regionale Marke entwickeln können.

Entscheidend für den Erfolg der Reviere sei die Frage, wie stark ihre Innovationssysteme sind. Das lasse

sich daran ablesen, wie viel Geld die örtlichen Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren und wie viele Patente sie anmelden (Markwardt et al. 2016; Markwardt/Zundel 2017). Innovation – das wird deutlich – wird hier in der Regel technisch und profitorientiert gedacht. Neue Unternehmensformen oder die Erfüllung sozialer Bedürfnisse spielen hingegen nur eine untergeordnete Rolle.

Die Menschen: Zwischen Arbeitsplätzen und Humankapital

Die meisten Studien kommen zu der Einschätzung, dass ein Großteil der aktuell noch rund 18.500 in der Braunkohleindustrie Beschäftigten keine großen biografischen Brüche erleben wird, wenn der Kohleausstieg erst 2038 vollzogen wird. Das liegt im Wesentlichen daran, dass etwa zwei Drittel von ihnen schon heute älter als 45 Jahre sind und mit dem Ende der Kohle in den regulären Ruhestand gehen werden (DIW et al. 2018). Für die verbleibenden Beschäftigten solle eine Kombination von beruflicher Beratung und Vermittlung, Umschulung und Weiterbildung zum Einsatz kommen, die ihnen einen Wechsel zu anderen Unternehmen oder einen Berufsumstieg ermöglicht (siehe ausführlich dazu Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019).

Darüber hinaus erzeuge die Braunkohle indirekt bei Zulieferern und durch die Konsumausgaben der Braunkohle-Arbeiter*innen bundesweit über 30.000 weitere Jobs. Deswegen sollen die Zulieferer und ihre Angestellten im Strukturwandel mitberücksichtigt werden (DIW et al. 2018). Außerdem bringe die Braunkohle den Beschäftigten und ihrem Umfeld nicht nur materielle Sicherheit. Für viele sei sie auch ein wertvolles Kulturgut, das sie mit Identität und Würde verbinden. Durch die Debatten um Klimakrise und Kohleausstieg erlebten die Arbeiter*innen eine Abwertung ihrer Lebensleistung. Auch deswegen sei es wichtig, für die Reviere neue Identitätsangebote zu entwickeln (Wehnert et al. 2017).

Auch für die Unternehmen seien hoch qualifizierte Fachkräfte wichtig. Das betont insbesondere das gerade skizzierte Konzept von Regionalentwicklung, das auf moderne technologieorientierte Zukunftssektoren setzt. Die Verfügbarkeit von sogenanntem Humankapital sei aber durch Überalterungs- und Abwanderungstrends vor allem in den ostdeutschen Revieren bedroht, die sich mit dem Kohleausstieg noch verstärken könnten. Deswegen sei nicht nur eine wirtschaftsgerichte Ausbildung vor Ort wichtig, sondern es müssten die benötigten Fachkräfte (*high professionals*) in den Revieren gehalten bzw. angelockt werden. Dafür braucht es attraktive Lebensbedingungen in Form aus-

⁸ Den Begriff der Zivilgesellschaft verwenden wir in einer normativ politischen Sichtweise (Zimmer 2012). Dazu gehören Verbände, Vereine und Organisationen, die jenseits politischer Parteien oder wirtschaftlicher Interessen für eine ökologische oder soziale Welt streiten (Klein 2001). Beispiele sind Umweltverbände, Kirchengruppen oder Grassroots-Organisationen. Weil die Gewerkschaften eine eigenständige Position in der Kohlefrage vertreten, zählen wir sie in dieser Studie nicht zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren, sondern behandeln sie jeweils gesondert.

reichender Infrastrukturen (beispielsweise Schulen, ÖPNV) sowie Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten (Valentin et al. 2016).

Zukünftige Schwerpunkte der regionalen Wirtschaft

Mehrere Studien entwickeln Vorschläge, welche Sektoren und Branchen, die zu den speziellen Bedingungen der Braunkohleregionen passen, in Zukunft gefördert werden sollten. Trotz der Vielfalt der Ansätze ähneln sich die Konzepte in weiten Teilen. So liegt der Schwerpunkt stets auf Hightech- und wissensintensiven Ansätzen, vor allem in der Industrie.

- Die meisten Autor*innen betonen, dass die Reviere auch nach dem Kohleausstieg Energieregionen bleiben sollten. Allerdings solle die Kohleindustrie durch ökologische Technologien ersetzt werden. Zunächst würden durch Kraftwerksrückbau und Tagebaureaktivierung Arbeitsplätze geschaffen. Vor allem böten erneuerbare Energien (insbesondere Photovoltaik und Windkraft auf ehemaligen Tagebauflächen) ein großes Potenzial (BEE 2018; IÖW 2017; IÖW et al. 2018). Darüber hinaus könnten die Regionen sich in weiteren technologischen Bereichen profilieren, die für den Umbau der Stromversorgung und ihre Verknüpfung mit den Bereichen Wärme/Kälte und Verkehr wichtig sind (Nord LB 2019). Ferner seien auch die Felder energetische Gebäudesanierung und ressourceneffizientes Bauen zukunftssträchtig.
- Eine Reihe von Studien betont, es sei notwendig, auch regional ansässige Konzerne der klassischen Leitbranchen zu schützen und zu fördern bzw. auch neue Unternehmen in diesen Sektoren anzusiedeln. Das betrifft an erster Stelle die energieintensive Industrie (Chemie, Metalle, Papier) und wird besonders in Bezug auf das Rheinische Revier hervorgehoben. Dazu kommen der Informations- und Kommunikationssektor, der Maschinen- und Anlagenbau, die Autoindustrie sowie die Logistikbranche.
- Für die empfohlene Innovationsstrategie sei es außerdem entscheidend, dass Wissenschaft und For-

schung gezielt gefördert und eng mit der regionalen Wirtschaft verzahnt würden. Hochschulen und Institute könnten die Innovationskraft der Wirtschaft steigern und selbst Unternehmen gründen. Sie könnten wissensintensive Arbeitsplätze schaffen und passende Fachkräfte für die regionalen Wachstumssektoren ausbilden. Das regionale Wissenschaftssystem sei auf den wirtschaftlichen Erfolg der Zukunftsbranchen auszurichten.

- Ergänzend werden weitere Wirtschaftszweige genannt, die allerdings nur einen begrenzten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region leisten könnten. Zum einen seien das die Bereiche Tourismus, Freizeit und Kultur, die vom speziellen Reiz der Landschaften und Gesellschaften nach dem Kohleausstieg profitieren könnten. Zum anderen werden gewisse Potenziale in den Bereichen Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie gesehen.

Die Politik müsse in den Braunkohleregionen die Voraussetzungen schaffen, damit die ausgewählten Sektoren wirtschaftlich prosperieren könnten. Wünschenswert sei eine gezielte Flächenpolitik, um für alle Nutzungsinteressen Räume zu schaffen. Ferner müsse sie grundlegende Infrastrukturen zur Verfügung stellen und verbessern: Das bezieht sich auf den Ausbau des Umweltverbunds im Verkehrsbereich (das heißt ÖPNV, Car-Sharing, Fahrrad- und Fußverkehr), aber auch auf die Erweiterung des Straßennetzes sowie die digitale Infrastruktur (Breitband-Internet, 5G). Dieses dominante Verständnis von Regionalentwicklung und Strukturwandel hat neben seinem begrenzten Fokus auf Technik und Innovation noch ein weiteres Problem: Es hinterfragt nicht die Bedingungen einer weiter rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Verschlechterung des Klimas. Stattdessen wird ein fragwürdiges Versprechen gemacht, mit neuen Technologien sowohl ökologische als auch soziale Probleme lösen zu können (siehe hierzu auch Kapitel 3). Trotz oder gerade wegen dieser Ausrichtung spielt dieses Versprechen in den regionalen Prozessen des Strukturwandels eine zentrale Rolle.

2 KOHLEAUSSTIEG UND STRUKTURWANDEL IM RHEINISCHEN REVIER

Nicht nur auf Bundesebene, auch im Rheinischen Revier wird derzeit verhandelt, wie sich die Region nach dem Ende der Kohle entwickeln soll. Dabei geht es um das zukünftige wirtschaftliche Fundament und nicht zuletzt auch darum, an welche Projekte die erwarteten Fördermittel verteilt werden sollen. Um diese Fragen zu beantworten, organisiert die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) einen Prozess, in den Politiker*innen, Wirtschaftsvertreter*innen, Gewerkschafter*innen und

Mönchengladbach. Es umfasst die Landkreise Heinsberg, Düren, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss sowie die Städteregion Aachen. Teilweise werden auch die Stadt Mönchengladbach und der Kreis Euskirchen hinzugerechnet. Insgesamt wohnen im Revier knapp 2,5 Millionen Menschen. Seit circa 200 Jahren wird hier Braunkohle abgebaut, die schon früh der Energieversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft diente.

Tabelle 1: Braunkohletagebaue und -kraftwerke im Rheinland

Kraftwerke				Tagebaue		
Name	Leistung (MW)*	aktiv seit	Abschaltung	Name	Förderung (Mt/a)**	ausgekohlt
Frimmersdorf	600	1960	2021	Garzweiler	35–40	2038
Neurath	4.200	1972	2038	Hambach	35–45	2029
Niederaußem	3.400	1965	2038	Inden	20–25	2029
Weisweiler	1.800	1975	2029			

Die Zahlen zeigen den aktuell geplanten Stilllegungspfad der RWE Power AG. Es soll eine mehrstufige Abschaltung von Blöcken geben. Die Abschaltedaten beziehen sich auf die endgültigen Stilllegungen des Kraftwerkes und nicht auf die einzelnen Blöcke, die teilweise früher vom Netz gehen sollen.

Quelle: www.group.rwe/unser-portfolio-leistungen/rohstoffe-energetraeger/braunkohle/neues-revierkonzept

*MW = Megawatt, **Mt/a = Megatonnen pro Jahr

Wissenschaftler*innen eingebunden sind. Das Wirtschafts- und Strukturprogramm (WSP) für das Rheinische Zukunftsrevier soll die inhaltliche Grundlage sein, um die Milliardenhilfen zu verteilen, die im Strukturstärkungsgesetz vorgesehen sind. Eine erste Fassung legte die ZRR im Dezember 2019 vor. Im Mai 2020 wurden durch den Aufsichtsrat der ZRR erstmals Projekte für die Förderung benannt. Gleichzeitig läuft über das ZRR 2020 ein Beteiligungsprozess, in den die Bürger*innen des Reviers einbezogen werden sollen.

Dabei zeigen sich diverse Interessenkonflikte. Teilweise treten sie offen zutage, teilweise leiten sie sich eher indirekt aus den unterschiedlichen Zielvorstellungen der Akteure ab. Diese Konstellation werden wir im folgenden Kapitel vorstellen und analysieren, nachdem wir einen Überblick über die Ausgangslage im Rheinischen Revier gegeben haben. Die Antworten auf viele Fragen sind umstritten: Bis wann soll der Ausstieg aus der Braunkohle vollzogen werden und wie ist der Kohlekompromiss zu bewerten (Kapitel 2.2)? Wer bestimmt über den ZRR-Prozess? Welche Akteure werden eingebunden? Wer bleibt außen vor (Kapitel 2.3)? In welche Richtung soll die Entwicklung im Rheinischen Revier gehen? Und was passiert mit RWE und seinen Tagebauflächen, wenn die Braunkohleverstromung endet (Kapitel 2.4)?

2.1 AUSGANGSLAGE: RWE UND DIE BESCHÄFTIGTEN

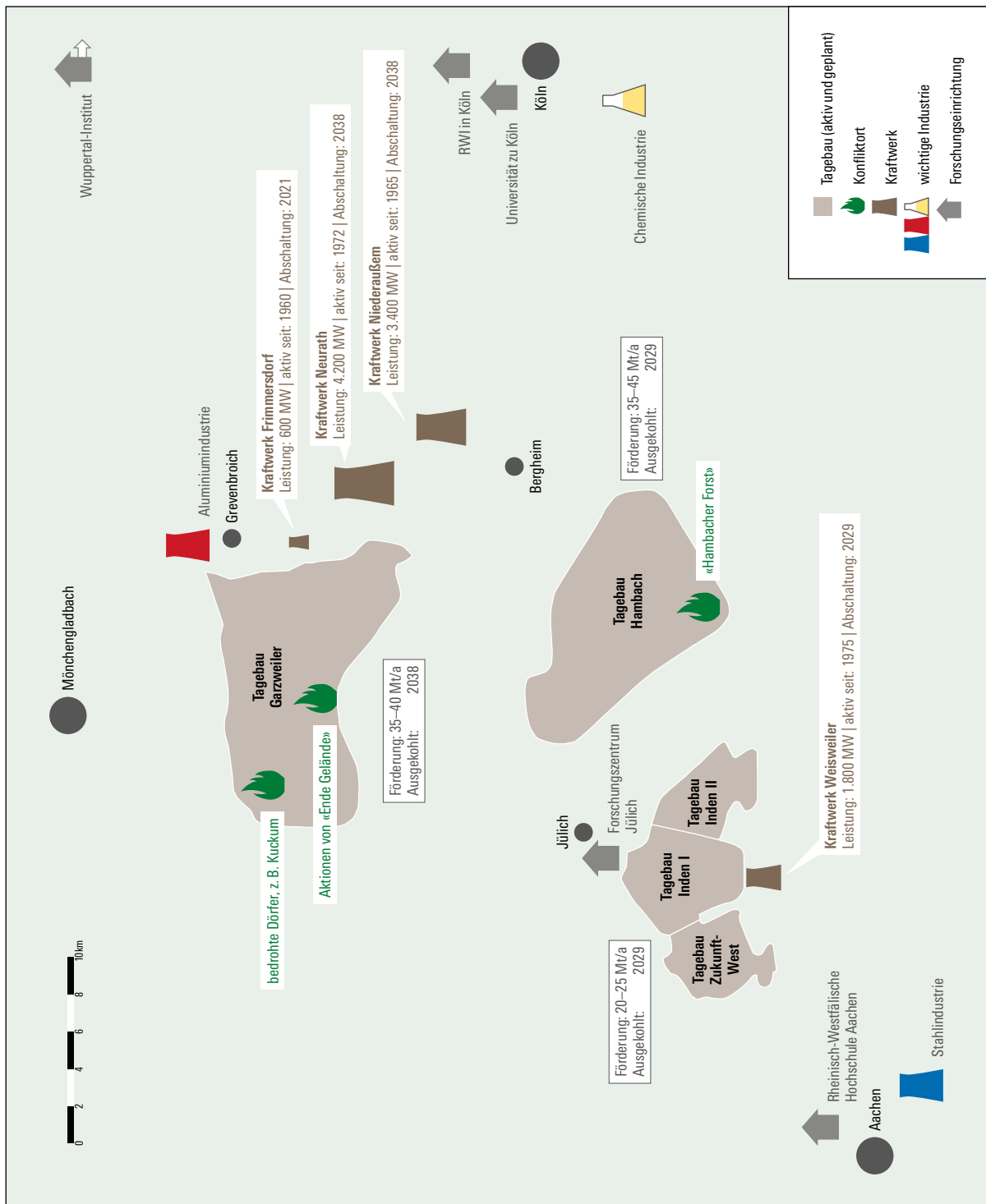
Das Rheinische Braunkohlerevier liegt westlich des Rheins zwischen den Großstädten Köln, Aachen und

Nicht alle Gebiete im Rheinischen Revier sind in gleichem Ausmaß von der Kohlewirtschaft abhängig. Besonders strukturprägend ist die Braunkohle für den Rhein-Erft-Kreis und den Rhein-Kreis Neuss. Dort liegen mit den Kraftwerken Neurath und Niederaußem sowie den Tagebauen Hambach und Garzweiler Kernbestandteile des Reviers. Im Rhein-Kreis Neuss steht auch das Kraftwerk Frimmersdorf: Das älteste Kraftwerk des Reviers befindet sich mit nur noch zwei 300 Megawatt-Blöcken allerdings in Sicherheitsbereitschaft und soll 2021 endgültig abgeschaltet werden. Dazu kommen Veredelungsanlagen – wie zum Beispiel Kokereien – in Niederaußem, Frechen und Hürth. Allein im Rhein-Erft-Kreis leben über 4.000 Kohlearbeiter*innen (RWI 2018). Auch im Landkreis Düren sind mit dem Tagebau Inden und dem angeschlossenen Kraftwerk Weisweiler größere Strukturen der Kohleindustrie vorhanden. Alle Braunkohletagebaue und -kraftwerke im Rheinischen Revier werden von RWE betrieben.

RWE Power AG

Die rheinische Braunkohle war seit Anfang des 20. Jahrhunderts eine der Säulen, die RWE den Aufstieg zu einem der größten Energiekonzerne in Europa ermöglichte. Mit der Energiemarktliberalisierung Ende der 1990er Jahre ging diese Erfolgsgeschichte zunächst weiter. Der Konzern konnte sich als profitabler internationaler Energiekonzern aufstellen (Becker 2011). Durch den Atomkompromiss nach Fukushima und Umbrüche an den Energiemärkten geriet er jedoch

Abbildung 1: Karte des Rheinischen Reviers



Quelle: eigene Darstellung

MW = Megawatt, Mt/a = Megatonnen pro Jahr

ab 2013 in eine ernsthafte Krise (Kungl 2018).⁹ Darauf reagierte RWE mit einer umfassenden Umstrukturierung: Der Mutterkonzern behielt das fossile Geschäft und setzte seinen Braunkohlekurs im Rheinland fort. Gleichzeitig wurde Innogy, der Teil des Konzerns, der sich mit erneuerbaren Energien befasste, als eigenständiges Unternehmen an die Börse gebracht. RWE behielt jedoch mehr als 76 Prozent der Aktien. Mit dieser Ausgliederung ging das RWE-Geschäft mit erneuerbaren Energien, Netzen und Vertrieb an Innogy über.

Tabelle 2: Energieerzeugung von RWE nach Energiequellen und Standorten

Energiequelle	Kapazität (in MW)	davon in Deutschland (in MW)
Braunkohle	10.301	10.301
Gas	14.888,4	4.126
Kernenergie	2.624	2.624
Steinkohle	5.375	1.570
Wind Offshore	2.478,6	740,4
Sonstige	65	65
Wind Onshore	4.989,24	38
Solar	115	0
Laufwasser	11	0
Biomasse/Biogas	55	0
GESAMT	40.902,24	19.464,4
EE*-Kapazitäten	7.648,84	778,4
Anteil EE an Gesamtkapazitäten in %	18,7	4

Quelle: www.rwe-production-data.com/list/

*EE = Erneuerbare Energien

Doch diese Struktur ist inzwischen überholt. Denn 2018 vereinbarte RWE mit dem Energiekonzern EON einen Superdeal: RWE gibt seine Anteile an Innogy an EON ab, bekommt dafür aber alle Erneuerbare-Energie-Anlagen von Innogy und EON, inklusive großer Windparks in der Nordsee und Wasserkraftwerken in Österreich. RWE konzentriert sich neben dem Stromgroßhandel nun vollständig auf die Energieversorgung, während EON mit Innogy dessen Netze und Endkundengeschäft übernimmt. Mehr noch: RWE will bis 2040 klimaneutral werden und dafür jedes Jahr rund 1,5 Milliarden Euro in erneuerbare Energien investieren – vor allem in Form von großen Onshore- und Offshore-Windparks im Ausland. Allerdings setzt der Energieversorger auch auf neue Gaskraftwerke, die nach neueren Berechnungen zumindest für die Stromversorgung in Deutschland entbehrlich wären.¹⁰ Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt im Rheinland allerdings in den nächsten Jahren weiter auf der Kohle.

Die Position von RWE im Revier ist daher ambivalent: Das Unternehmen versucht einerseits weiterhin, so lange, wie nach dem Kohlekompromiss möglich, mit den Tagebauen und Kraftwerken Geld zu verdienen, akzeptiert aber andererseits das Ende der Kohleverstromung bis 2038 und bringt sich sogar als zentraler Akteur im Strukturwandel in Stellung (siehe Kapitel 2.4). 2019 wurde bereits der Plan für ein neues Kohlekraft-

werk in Niederaußem aufgegeben. Neben politischem Druck führte das Unternehmen als Grund auch die unsichere Wirtschaftlichkeit an.¹¹ Im Februar 2020 legte RWE der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eine angepasste Tagebauplanung vor: Insbesondere den Tagebau Garzweiler will das Unternehmen bis 2038 weiterbetreiben. Nach diesem Plan müssten weitere sechs Dörfer mit 1.500 Bewohner*innen umgesiedelt werden. Die Bagger würden sich so nah an den verbliebenen Rest des Hambacher Forstes graben, dass einige um seine ökologische Stabilität fürchten.¹² Die starke Stellung von RWE in der Region hat auch damit zu tun, dass das Unternehmen Arbeitsplätze schafft. Doch welche Rolle spielt die Kohle tatsächlich noch für den regionalen Arbeitsmarkt?

Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze im Revier

Um Potenziale für neue Jobs abzuschätzen, lohnt ein Blick auf die Struktur der Beschäftigten in der Region. Eine aktuelle Studie zur Beschäftigungsstruktur im Rheinischen Revier zählt für das Jahr 2019 insgesamt 833.000 Beschäftigte im Rheinischen Revier, von denen 381.000 in den drei Kernkreisen Düren, Rheinkreis Neuss und Rhein-Erft-Kreis arbeiten (Roth et al. 2020: 10). In den Jahren seit 2010 wuchs die Beschäftigung um 2,09 bzw. 1,98 Prozent und damit stärker als im Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen (ebd.). Interessant ist dabei, dass das Rheinische Revier in seiner Beschäftigungsstruktur nur in einzelnen Bereichen vom gesamtdeutschen bzw. nordrhein-westfälischen Durchschnitt abweicht. So sind die Anteile in den Bereichen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei sowie Handel, Verkehr und Lagerei leicht erhöht. Abweichungen nach unten gibt es dagegen bei den Dienstleistungen in den Bereichen Information und Kommunikation, Versicherung und Finanzen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen (ebd.: 11). Damit kann das Rheinische Revier anders als die Braunkohlereviere im Osten Deutschlands nicht als strukturschwache Region bezeichnet werden. Die Region verfügt über eine ausdifferenzierte Wirtschaftsstruktur, die von Dienstleistungsbranchen geprägt ist. Für die Arbeitsmarktregion spielt allerdings auch die energieintensive Industrie eine wichtige Rolle.

Im Bereich der Bildungs- und Sorgetätigkeiten sind rund 190.000 Personen beschäftigt.¹³ Das sind etwa

⁹ Vgl. hierzu www.focus.de/finanzen/news/energiekonzern-rwe-macht-2-8-milliarden-euro-verlust_id_3658851.html. ¹⁰ Unter den richtigen Rahmenbedingungen kann die Energiewende im Strombereich ohne neue Gaskraftwerke gelingen. Für die Wärmewende wird in begrenztem Maße synthetisches Gas zum Einsatz kommen müssen. In jedem Fall sollte der Aufbau einer neuen fossilen Infrastruktur vermieden werden (Polder et al. 2014). ¹¹ Tatsächlich herrscht große Unsicherheit darüber, wie lange Braunkohlekraftwerke in der Europäischen Union profitabel laufen können, wenn sich der Preis für die Emission von CO₂, wie vereinbart, weiter erhöht (Carbon Tracker Initiative 2018). Vgl. www.hambacherforst.com/rwestellt-planung-fuer-vorhaben-boaplus-am-standort-niederaussem-ein/. ¹² Nach dem Ende des Braunkohleabbaus ist RWE nach dem Bergrecht verpflichtet, die verursachten massiven landschaftlichen und ökologischen Schäden zu beheben. Zum einen muss der Konzern die ehemaligen Tagebauflächen rekultivieren. Zum anderen muss er Ausgleich für Landwirt*innen schaffen, die für den Bergbau ihre Felder abtreten mussten. Ferner ist er auch für die Ewigkeitsfolgen des Tagebaus verantwortlich. ¹³ Im Folgenden verwenden wir hier die Zahlen für die Arbeitsagenturbezirke Mönchengladbach, Brühl und Aachen-Düren. Das Revier verteilt sich über alle drei Bezirke.

23 Prozent aller Angestellten in dem Gebiet. Dazu zählen das Gesundheits-, und Bildungs- und Sozialwesen sowie Wäschereien, Bäder und Friseursalons, Kunst, Unterhaltung und Erholung. Im Einzelhandel sind rund 70.000 Menschen tätig (8,5%), in der öffentlichen Verwaltung, in Kirchen, Parteien und Verbänden 55.000 (6,5%). Mit der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und dem Forschungszentrum Jülich sind zudem zwei hochrangige Forschungseinrichtungen im Rheinischen Revier angesiedelt. In beiden Institutionen arbeiten zusammen knapp 16.000 Fachkräfte (2%). Hinzu kommen Fachhochschulen in Aachen und Mönchengladbach. Weitere relevante Bereiche sind der (Groß-)Handel sowie Transport und Logistik mit über 100.000 Angestellten (12,5%) sowie Ver- und Entsorgung, das Gastgewerbe, der IT-Sektor, Finanzdienstleistungen und Arbeitsvermittlung. In Herstellung, Handel und Reparatur von Maschinen, Elektronik und Autos arbeiten insgesamt gut 60.000 Menschen (7,5%). In der Baubranche sind rund 45.000 Menschen tätig (5,5%). Hinzu kommen knapp 25.000 Beschäftigte in den Bereichen Gebäudebetreuung sowie Garten- und Landschaftsbau (3%). Fischerei, Land- und Forstwirtschaft sind verhältnismäßig wichtige Wirtschaftszweige im Rheinland. Allerdings sind dort nur etwa 3.500 Arbeitskräfte beschäftigt.

Relevant sind auch die Industrieunternehmen, von denen ein Großteil zu den energieintensiven Industrien zählt. Sie beschäftigen knapp 80.000 Rheinländer*innen im Revier (9,5%). Für diese industriellen Zentren des Reviers spielt die Kohlewirtschaft eine große Rolle. Denn die Braunkohle versorgt die ansässigen Großbetriebe mit derzeit noch günstigem Strom und dient außerdem als Grundstoff für die im Osten des Reviers stark vertretene chemische Industrie. Weitere Zweige der oben genannten energieintensiven Grundstoffindustrie in der Region sind die Nahrungs- und Futtermittelproduktion. Zur energieintensiven Industrie zählen auch die Stahlwerke in der Region Aachen und die Hütten für weitere Metalle wie Aluminium in Neuss und Grevenbroich.

Einst hat die Arbeiterbewegung gut bezahlte und gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze in der Braunkohleindustrie erkämpft. Tatsächlich zeigt die bereits erwähnte Studie, dass in der Braunkohlewirtschaft mit Abstand die höchsten mittleren Löhne im Rheinischen Revier gezahlt werden (Roth et al. 2020: 29). Weil in den letzten Jahrzehnten viele dieser Jobs abgebaut wurden, sind aktuell nur noch circa 9.000 Menschen direkt in den Tagebauen und Kraftwerken des Braunkohlesektors angestellt (RWI 2018). Das entspricht einem Anteil von einem Prozent der gesamten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region. Das Rheinische Revier ist also deutlich weniger von der Braunkohle abhängig als beispielsweise die Lausitz. Bei den Beschäftigten ist die Altersstruktur interessant: So waren 2014 insgesamt 53 Prozent der Beschäftigten bereits älter als 50 Jahre (ebd.). (Früh-)Verrentungen können deshalb einen großen Teil des zu erwarten-

den Arbeitsplatzabbaus auffangen. Zusätzlich zu den unmittelbaren Braunkohlejobs werden häufig «indirekte» und «induzierte» Arbeitsplätze geltend gemacht, die mittelbar oder unmittelbar an den Braunkohlektor gekoppelt sind. Die Kohlekommission hat mit knapp 5.400 induzierten und indirekten Arbeitsplätzen im Rheinland gerechnet.

2.2 DER KOHLEAUSSTIEG UND DIE REGIONALE ZIVILGESELLSCHAFT

Die Braunkohle hat vielen Beschäftigten in Kraftwerken, Tagebauen und indirekt auch in der energieintensiven Industrie ein Auskommen verschafft. Doch sie heizt auch den Klimawandel an, führt vor Ort zu Zwangsumsiedlungen und zur Zerstörung von Ökosystemen. Viele Menschen leiden unter den Feinstäuben und giftigen Metallen (wie Quecksilber), die RWE-Kohlekraftwerke in die Luft blasen. In der Region sterben laut Greenpeace (2013) jedes Jahr Hunderte Menschen vorzeitig an den Gesundheitsfolgen. Das DIW hat ausgerechnet, dass bis 2025 die meisten Kohleblöcke im Rheinischen Revier stillgelegt werden könnten und lediglich die zwei neuesten Blöcke in Niederaußem bis 2030 betrieben werden müssten, um ganzjährig eine sichere Stromversorgung in Deutschland zu gewährleisten. So könnten auch die meisten Dörfer und der Hambacher Forst gerettet werden (DIW 2018). Deswegen kämpfen seit Jahrzehnten Anwohner*innen dagegen, dass ihre Heimat zerstört wird. Umweltverbände unterstützen sie dabei. Vor zehn Jahren hat die Auseinandersetzung im Revier eine neue Dynamik gewonnen. Damals begann die Klimagerechtigkeitsbewegung, direkte Proteste gegen die Infrastruktur der Kohlewirtschaft zu organisieren. Die Aktionen von Ende Gelände erzielten eine europaweite Aufmerksamkeit. Alle diese Akteure streiten für einen raschen Kohleausstieg (Sander 2016b).

Zwar steht der Fahrplan für den Kohleausstieg durch die beschlossenen Gesetze vorerst fest, doch das Thema Kohleausstieg bleibt im Rheinischen Revier weiterhin umstritten. Das Bundeswirtschaftsministerium, das Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalens, Kreise und Kommunen, RWE sowie Industrie- und Handelskammern der Region sehen den langsamen Kohleausstieg jetzt als Grundlage für die nächsten Schritte. Weil die Kohleverstromung erst 2038 enden soll und der Bund hohe Förder- und Entschädigungssummen in Aussicht stellt, sind die Interessen dieser Akteure weitgehend gewahrt. Allerdings könnten durch politischen Druck, Klagen gegen konkrete Tagebauprojekte oder fehlende Wirtschaftlichkeit Kraftwerke und Tagebaue noch früher stillgelegt werden. Die zwischenzeitliche Annäherung zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und einigen Umweltverbänden scheint dadurch infrage gestellt.

Die Gewerkschaft IG BCE vertritt einerseits die Arbeitnehmerposition gegenüber RWE, teilt aber andererseits die Positionen der oben genannten Wirtschaftsakteure, wenn es um die Zukunft von Industrie

Abbildung 2: Chronologie der den Kohleausstieg begleitenden politischen Prozesse

Landesebene		Zeitpunkt	Bundesebene		
Ereignisse im Rheinischen Revier	politischer Prozess der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR)		Kohlekommission	Strukturwandelstärkungsgesetz	Kohleausstiegsgesetz
Gründung von «Buierer für Buir»		2006			
erstes Klima-Camp im Rheinland	Beschluss der Landesregierung zur Gründung einer Innovationsagentur	2010			
	Gründung der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR)	März 2014			
		Nov. 2016	Ersterwähnung des Gremiums im Bundesklimaschutzplan		
		Feb. 2018	Kommission im Koalitionsvertrag verankert		
	Beschluss zur Umwandlung der IRR in ZRR	Juni 2018	Einsetzung der Kohlekommission		
	Beschluss «Eckpunkte für den Strukturwandel» und Einsetzung von Revierknoten	Sep. 2018			
Greenpeace stellt Konzept «ReinEnergie-Wende» vor; Massenproteste für den Erhalt des Hambacher Forsts		Okt. 2018	Zwischenbericht und erste Empfehlungen		
		Nov. 2018			
Auftaktveranstaltung «Zivilgesellschaftlicher Koordinierungskreis»		Jan. 2019	Abschlussitzung und Bericht; Kohleausstieg bis 2038		
10. Klima-Camp; gemeinsamer Protest von Ende Gelände und Fridays for Future im Tagebau Garzweiler		Aug. 2019		Referentenentwurf im BMWi; Stellungnahmen; Beschluss im Bundeskabinett	
	Auftaktkonferenz für Revierknoten; Anrainerkommunen erkämpfen sich Sitze im Aufsichtsrat	Sep. 2019		erste Lesung im Bundestag	
	Vorstellung des «WSP 1.0»	Dez. 2019			
		Jan. 2020			«Bund-Länder-Einigung» auf einen neuen Ausstiegspfad; Bundeskabinett beschließt das Kohleausstiegsgesetz
	erste Sitzung der Spurguppe	März 2020			erste Lesung im Bundestag; Bundesrat fordert Nachbesserungen
	Start des Beteiligungsprozesses	April 2020			
	erste Projekte werden vorgestellt	Mai 2020			
	Stellungnahmen von Kommunen und Verbänden	Juni/Juli 2020		Verabschiedung der Gesetze in Bundestag und Bundesrat	

und Kohlebergbau geht. Denn sie hat ihre Organisations-schwerpunkte nicht nur in der Kohle-, sondern vor allem auch in der Chemieindustrie, die viel Energie für ihre Produktion benötigt und Braunkohle als Rohstoff für chemische Verfahren verwendet. Die Gewerkschaft kritisiert zwar, dass die Politik mit ihren Plänen für die Kohle Arbeitsplätze vernichte, hält aber an dem Kompromiss fest: «Das Beste am Kohlekompromiss ist, dass es ihn gibt.» (I-IGBCE)¹⁴ Davon erhofft sich die IG BCE eine Befriedung des Kohlekonflikts in der Region und Planungssicherheit. Sie will mit der Regierung und den Unternehmen in Verhandlung über die Zukunft der Beschäftigten treten und damit das angespannte Klima in den Belegschaften abbauen.

Die anderen Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) wie ver.di und die IG Metall sind aufgeschlossener gegenüber einem Umbau der Energieversorgung und einer ernsthaften Klimapolitik. So riefen im November 2019 viele Gewerkschaften dazu auf, an Demonstrationen von Fridays for Future teilzunehmen. Doch auch ihre Positionen sind teilweise widersprüchlich und sie neigen dazu, Kompromisse zu suchen, die niemandem weh tun. Denn die Gewerkschaften versuchen, vom Jobabbau bedrohte Berufsgruppen und ihre Mitglieder zu schützen. So vertritt ver.di unter anderem Beschäftigte bei den Energieversorgern, die IG BAU Kraftwerksreiniger*innen und die IG Metall Stahlarbeiter*innen, die bei einem Kohleausstieg Nachteile aufgrund steigender Strompreise befürchten. Deshalb fordert die Metallgewerkschaft, den Strukturwandel so zu gestalten, dass «eine leistungsfähige Industrie-, Technologie- und Wissenschaftsregion mit guten Arbeitsplätzen erhalten bleibt» (IG Metall 2019).

Insbesondere zwischen IG BCE und der Klimagerechtigkeitsbewegung bleiben die Gräben tief. Viele Bewegungsgruppen sehen im Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke bis 2038 eine klimapolitische Katastrophe und einen klaren Bruch mit dem Pariser Klimaabkommen. Diese Position beziehen zum Beispiel Ende Gelände, Ausgeco2hlt, die Interventionistische Linke, die Aktivist*innen um den Hambacher Forst und auch die lokalen Gruppen von Fridays for Future. Dementsprechend scharf kritisierten sie die Verhandlungsergebnisse und Gesetze der letzten Jahre und antworteten darauf mit erneuten Protestaktionen. Für die nähere Zukunft planen sie, Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Kraftwerke und Tagebau noch auszuweiten, um den Druck für einen echten Kohleausstieg aufrechtzuerhalten.

Umweltverbände, christliche Gruppen und Bürgerinitiativen der Tagebaubetroffenen haben sich im «Zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreis Strukturwandel» zusammengeschlossen, um ihre Kräfte zu bündeln und ihre Positionen abzustimmen, die sie in die Kohlekommission einbringen wollten. Weil fast alle Delegierten der Umweltbewegung dem Weiterbetrieb der Kohle bis 2038 zugestimmt hatten, fühlten sich auch die Akteure in der Region an den Kompromiss

gebunden. Gleichzeitig betont etwa Antje Grothus von der Bürgerinitiative Buirer für Buir, dass dieser nur «ein Minimalkompromiss» (I-ZKS) gewesen sei und laut BUND zugleich «das, was maximal erreichbar war» (I-BUND). Dabei kritisieren Umweltverbände und Bürgerinitiativen auch, dass die letztendlichen Regelungen die ursprünglich geplante Umsetzung des Kohlekompromisses blockieren: Der aktuelle Ausstiegsfahrplan soll Kraftwerke länger als verhandelt laufen lassen. Das Kraftwerk Datteln 4 in Westfalen soll trotz Protesten in Betrieb genommen werden. Und weiterhin werden Dörfer und Ökosysteme zerstört (siehe Kapitel 2.1). Die Regelungen zugunsten der Kohlewirtschaft seien entsprechend nicht mehr tragbar (Praetorius et al. 2020). Deswegen rückt der Widerstand gegen die Kohle wieder in den Fokus der gesamten Bewegung. Viele Akteure sehen den Kampf für einen Kohleausstieg ohnehin als ihr eigentliches Aktionsfeld. Der BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen verfolgt beispielsweise die Strategie, «erst den Kohleausstieg durchsetzen – bestätigt durch eine neue Leitentscheidung der Landesregierung NRW – und darauffolgend dann den Strukturwandel zu gestalten» (I-BUND).

Auch Bürgerinitiativen wie die Buirer für Buir sehen im Kohleausstiegsgesetz einen Rückschritt gegenüber dem Konsens, der in der Kommission erzielt wurde. Das Bündnis «Alle Dörfer bleiben» gibt Tagebaubetroffenen bundesweit eine Stimme. Es kritisiert, dass die aktuellen Planungen von RWE beinhalten, dass weiterhin fast alle bedrohten Dörfer zerstört werden. Deswegen hat die Initiative «Menschenrecht vor Bergrecht» ein Grundstück in Keyenberg am Rand des Tagebaus Garzweiler 2 erworben, das von der Abbaggerung bedroht ist.¹⁵ Sie hat angekündigt, bis vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, wenn das Grundstück enteignet werden sollte. Von dem Gericht will sie klären lassen, ob Enteignungen für die Braunkohleverstromung in der heutigen Zeit noch mit dem Allgemeininteresse zu rechtfertigen sind. RWE nimmt die Drohung ernst. Der Konzern versuchte erfolgreich, mit seiner Lobbykraft eine «Lex Garzweiler» in die jeweiligen Gesetze einzuschreiben. Die energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Tagebaus wurde entsprechend festgeschrieben. Ob die Profitinteressen des Konzerns hier wirklich Vorrang vor einer ernsthaften Klimapolitik und Anwohnerinteressen haben, wird in den nächsten Jahren gerichtlich geklärt werden.

2.3 DIE ZUKUNTSAGENTUR RHEINISCHES REVIER: ORGANISATION DES STRUKTURWANDELS

Auch wenn die meisten zivilgesellschaftlichen Akteure ihren Schwerpunkt auf den Kohleausstieg legen, schreitet der politische Prozess des Strukturwandels voran. Im Strukturstärkungsgesetz der Bundesregie-

¹⁴ Siehe zu den von uns geführten Interviews und den Abkürzungen der Interviewten Anhang A. ¹⁵ Weitere Informationen dazu unter: <https://menschenrecht-vor-bergrecht.de/>.

zung ist vorgesehen, dass die Regionen maßgeblich bestimmen sollen, wie die Transformation vor Ort konkret ausgestaltet wird. Und tatsächlich gibt es hier in der Region eine große Dynamik. Auf Landesebene koordiniert das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) die politischen Aktivitäten zum Strukturwandel.¹⁶ Dafür hat das derzeit von der FDP geführte Ministerium eine Stabsstelle eingerichtet, die die Aufsicht und zentrale Prozesssteuerung des Strukturwandels auf Landesebene übernehmen soll. Sie koordiniert die Aktivitäten innerhalb der Landesregierung und mit der Bundesregierung. Ende 2019 hat das Ministerium außerdem einen Beirat einberufen, dem 16 Vertreter*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen angehören.¹⁷

Für die praktische Organisation des Strukturwandelprozesses wurde bereits im Jahr 2014 eigens eine Agentur gegründet, die seit 2018 Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) heißt. Dort wird ausgehandelt, wie das zukünftige Revier aussehen soll und welche Ziele und Maßnahmen mit dem Strukturwandel verbunden werden. Diese Ziele werden in einem Konzept, dem Wirtschafts- und Strukturprogramm (WSP), festgehalten. Auf dieser Grundlage wurden im Mai 2020 die ersten 83 Projekte vom Aufsichtsrat der ZRR zur Förderung vorgeschlagen.

In welche Richtung die regionale Transformation steuert, hängt maßgeblich davon ab, welche Akteure ihre Vorstellungen in den Prozess der ZRR einbringen können und welche nicht. Es ist also eine politische Frage, wie die ZRR institutionell aufgestellt ist, welche Akteure in ihren Gremien die Zügel in der Hand halten und wie die Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen konkret umgesetzt wird. Im Jahr 2020 will sich die ZRR nach eigenen Angaben besonders stark auf die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung konzentrieren. Insgesamt betont die ZRR in ihrer Öffentlichkeitsarbeit immer wieder, dass sie viel Wert auf Partizipation legt. Doch die wachsende Kritik aus der Zivilgesellschaft zeigt, dass mit der Frage, wie der Strukturwandel ausgestaltet wird, zahlreiche Konflikte verbunden sind.

Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier: Gremien und Akteure

Ursprünglich hatte die rot-grüne Landesregierung 2010 beschlossen, eine Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) zu gründen, um schon früh eine Strategie für den Braunkohleausstieg und den anschließenden Strukturwandel zu entwickeln. Die Industrie- und Handelskammer Aachen legte ein Konzept für die IRR vor. Im Jahre 2014 nahm sie in Form einer GmbH ihre Arbeit auf. Als die bundespolitische Debatte zur Kohlefrage an Fahrt gewann, wertete die neue schwarz-gelbe Landesregierung die IRR auf und wandelte sie 2018/19 in die Zukunftsagentur Rheinisches Revier um. Für die Arbeit der ZRR stellte die Regierung nach eigenen Angaben 8,9 Millionen Euro bereit (Landesre-

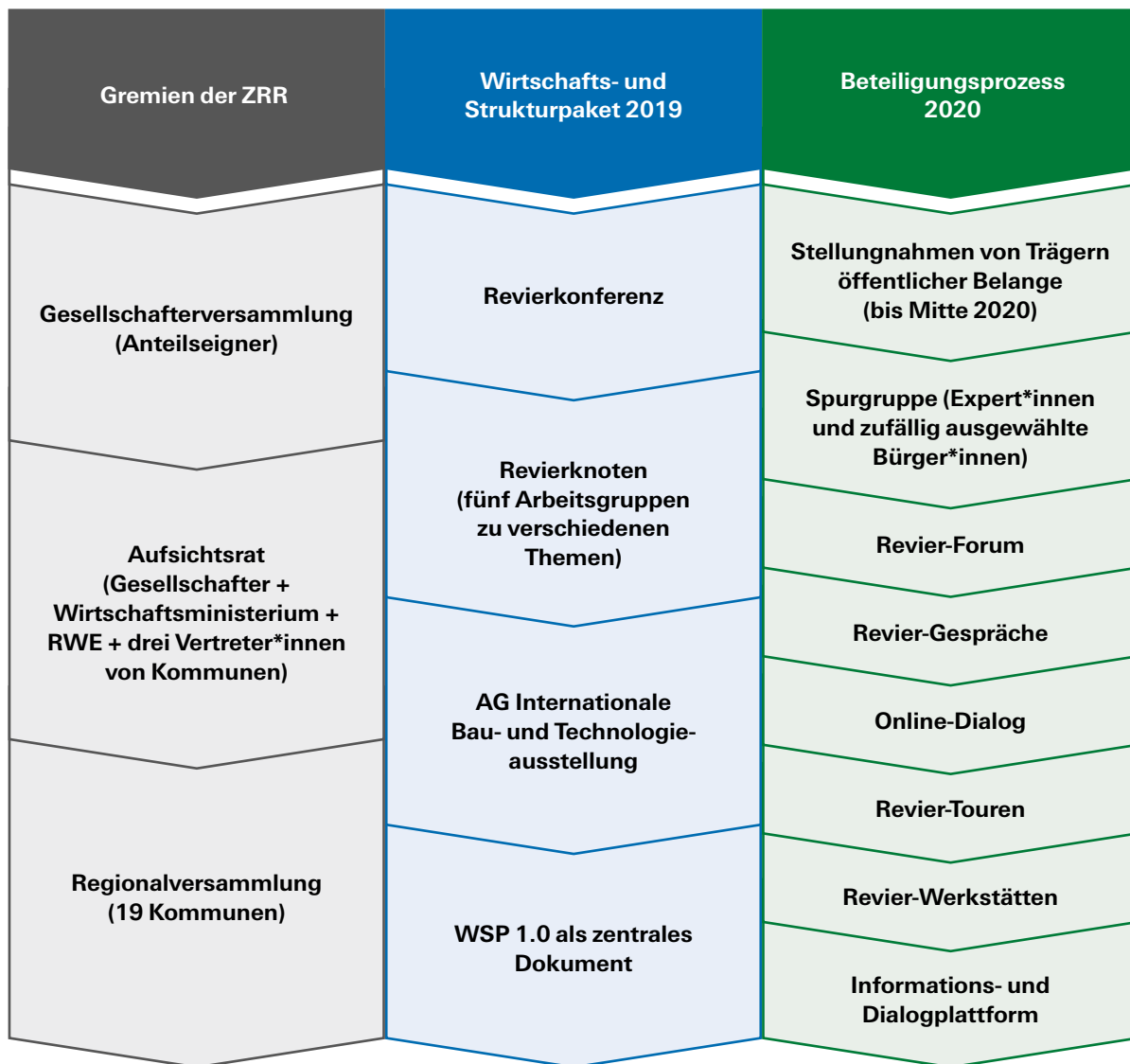
gierung Nordrhein-Westfalen 2019). Die Agentur soll einen Strategie- und Leitbildprozess initiieren, um eine regionale Strategie zu entwickeln. Außerdem soll sie als Schnittstelle zwischen Region, Land, Bund und EU dienen, wenn es darum geht, den Strukturwandel im Rheinland zu organisieren und zu gestalten. Dabei soll die ZRR Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbände, zivilgesellschaftliche Akteure und Bürger*innen einbeziehen.

Die Agentur ist weiterhin als GmbH organisiert. Gesellschafter sind vor allem Kreise und Städte aus dem Rheinischen Revier, die zusammen 70 von 100 Geschäftsanteilen an der ZRR halten. Die drei Industrie- und Handelskammern aus der Region haben insgesamt 18 Anteile, die Handwerkskammern neun. Die IG BCE ist mit drei Anteilen vertreten (siehe Anhang B).¹⁸ Den Vorsitz der Gesellschafterversammlung hält der Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Michael Kreuzberg (CDU). Die Versammlung ist laut Eigenangabe der ZRR das wichtigste Entscheidungsgremium (ZRR 2019), hat allerdings vor allem organisatorische und finanzielle Kompetenzen. Laut Satzung bestimmt sie die Strukturen der Agentur, kontrolliert die Finanzen und bestellt den Geschäftsführer. Geschäftsführer der ZRR ist aktuell der gelernte Diplom-Kaufmann Ralf Sterck, der zugleich Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln ist. Wegen seines kommunalpolitischen Engagements im Stadtrat und in mehreren Ausschüssen und wegen seiner vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten gibt es jedoch Zweifel, ob er die Aufgabe des Geschäftsführers angemessen ausfüllen kann (Becker 2020). Entsprechend besteht schon länger die Forderung, einen zweiten Geschäftsführer zu ernennen.

Das zweite mächtige Gremium ist der Aufsichtsrat der ZRR. Während Aufsichtsräte normalerweise vor allem Kontrollaufgaben haben, hat der Aufsichtsrat der ZRR weitgehende inhaltliche und strategische Befugnisse. Er ist unter anderem für die Vorbereitung der Sitzungen der Gesellschafterversammlung und der Revierkonferenz zuständig und spricht «Empfehlungen [...] zu grundsätzlichen Aktivitäten der Gesellschaft und ihrer strategischen Ausrichtung» aus. Das ist problematisch, wenn man sich die Zusammensetzung des Aufsichtsrats anschaut: Ursprünglich waren hier neben den Gesellschaftern das Wirtschaftsministerium des Landes, die Bezirksregierung Köln und auch RWE vertreten. Außerdem ist im Gesellschaftervertrag festgelegt, dass das Wirtschaftsministerium des

¹⁶ Das Landesumweltministerium hat eine eigenständige Vernetzungsstelle für den Strukturwandel geschaffen, die Plattform für Lebensmittel- und Agrarwirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit im Rheinischen Revier (PLAIN-RR). Sie agiert jedoch relativ losgelöst von der ZRR. Insgesamt scheint das Umweltministerium bisher keine große Rolle in dem Prozess zu spielen. ¹⁷ Dazu zählen Unternehmen wie die RWE Power AG, der Papierproduzent Grünewald GmbH & Co. KG, Netzwerke und Interessengruppen wie der Landesverband Erneuerbare Energien NRW e. V., Wissenschaftseinrichtungen wie das Wuppertal Institut und das Forschungszentrum Jülich, Gewerkschaften, Umweltverbände und Vertreter*innen der Kreis- und Regionalebene. Der Beirat tagt zweimal im Jahr und hat ausschließlich beratende Funktion. ¹⁸ Eigentlich hat die ZRR beschlossen, auch den DGB als Gesellschafter aufzunehmen. Bis zum Redaktionsschluss der vorliegenden Studie ist es dazu noch nicht gekommen.

Abbildung 3: (Geplante) Aktivitäten der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR)



Quelle: eigene Darstellung auf der Grundlage von ZRR 2019 und Zebralog 2020

Landes den Vorsitz im Aufsichtsrat innehat. Über den Aufsichtsrat wird damit die in der Präambel der ZRR beschriebene Grundausrichtung sichergestellt: «Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH ist das zentrale Instrument der Region, um gemeinsam mit dem Land und dem tagebautreibenden Konzernen den Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier zu steuern.»

Die LINKE im Rhein-Erft-Kreis kritisierte diese Regelung in einem Antrag im Kreistag im September 2019 als *top down*, das heißt als von oben vorgegeben. Sie seien entsprechend nicht mit den Beschlüssen der Kohlekommission kompatibel, die eine breite Beteiligung sozialer und zivilgesellschaftlicher Akteure vorsahen (Die LINKE im Kreistag Rhein-Erft 2019). Auch einzelne Kommunen protestierten dagegen, dass sie aus ihrer Sicht zu wenig am Prozess des Strukturwandels beteiligt werden. Daraufhin wurde im Oktober 2019

die Anrainerkonferenz Rheinisches Revier geschaffen, über die 19 Kommunen aus dem Rheinischen Revier in die ZRR integriert werden. Die dort vertretenen Bürgermeister*innen können nun drei Sprecher*innen bestimmen, die zugleich im Aufsichtsrat der ZRR vertreten sind. Die Regionalräte Köln und Düsseldorf sind außerdem über die gemeinsame «Arbeitsgruppe Zukunftsagentur Rheinisches Revier» in den Prozess einbezogen. Sie organisieren darüber den Austausch mit der ZRR, da sie als administrative Planungsbehörden für das Revier eine wichtige Rolle spielen.¹⁹

¹⁹ Der Rhein-Erft-Kreis will außerdem mit einer Regionalen Strukturwandelkommission seine Handlungsspielräume erweitern und den eigenen Einfluss auf die Verteilung der Strukturwandelmittel erhöhen. Die Kommission soll die beantragten Projekte, Investitionen und Innovationen auf ihre ökologische Tragbarkeit hin überprüfen und zugleich die regionalen Wirtschaftsbetriebe und Industrie im Blick behalten und fördern. In diesem Sinne soll sichergestellt werden, dass die initiierten Projekte auch den regionalen Interessen entsprechen und die gewünschten Kriterien erfüllt werden.

Kritik an der Zukunftsagentur Rheinisches Revier

Die Akteure im Rheinland bewerten die ZRR ganz unterschiedlich, je nachdem, wie sie in die Agentur eingebunden sind. Diejenigen Akteure, die in der ZRR Mitspracherecht haben, vor allem aus der Landes- und Regionalpolitik und der Industrie, zeigen sich zufrieden mit den Schritten, die bisher unternommen wurden, um das Wirtschafts- und Strukturprogramm (WSP) auszuarbeiten: «Wir haben in der Kürze der Zeit, mit vielen verschiedenen Akteuren Einiges erreicht.» (I-IHK) Auch die IG BCE und der Landesverband Erneuerbare Energien bewerten das Vorgehen der ZRR im Prinzip positiv (I-BCE; I-LEE). Im Gegensatz dazu formulieren verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure Kritik an den Grundsätzen der ZRR, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzt.

1. Verfasstheit der ZRR: Mehrere Gesprächspartner*innen kritisieren, dass die ZRR in Form einer GmbH den Strukturwandel organisiert: «Hier wird staatliches Handeln auf eine privatrechtliche Institution übertragen, deren demokratische Legitimität fast gleich null ist.» (I-ANS) Erstens seien die Einflussmöglichkeiten von Parlamenten und einer kritischen Öffentlichkeit bei dieser Rechtsform deutlich geringer als bei anderen öffentlichen Unternehmen. Zweitens sei die ZRR nur indirekt durch die Rheinländer*innen demokratisch legitimiert. Zwar säßen gewählte Bürgermeister*innen und Landrät*innen in der ZRR. Durch ihr kompliziertes Konstrukt würde jedoch eine demokratische Kontrolle erschwert. Es drohe kommunalpolitischer Filz statt echter Partizipation.

2. Dominante Akteure in der ZRR: Formal haben die Landkreise das größte Gewicht in der ZRR. Doch in der Praxis werden wichtige Entscheidungen im Aufsichtsrat gefällt. Durch ihre prominente Stellung im Aufsichtsrat können wirtschaftliche Akteure, wie Industrie- und Handelskammern und vor allem RWE, die politische Richtung der Agentur stark beeinflussen. Über die Industrie- und Handelskammern sind auch weitere Industrieunternehmen an der zentralen Steuerung des Strukturwandels beteiligt und können die Weichen stellen, wie das Revier zukünftig gestaltet wird. Im Konzert der involvierten staatlichen Akteure ist die Landesregierung bestimmend: «Die Musik spielt in der Landesregierung. Die ZRR ist die Arbeitseinheit, die das macht. Aber entschieden wird in der Landesregierung.» (I-LEE) Dabei spielt das Wirtschaftsministerium die erste Geige.

Die unmittelbar betroffenen Anrainerkommunen müssen dagegen starke Anstrengungen unternehmen, damit ihre Interessen berücksichtigt werden. Umwelt- und Sozialverbände, Tagebaubetroffene oder Verbände aus dem Bereich der erneuerbaren Energien sind hingegen überhaupt nicht in den formalen Gremien der ZRR präsent. Vertreter*innen der Zivilgesellschaft beklagen deshalb, dass sie nicht in die Arbeit der Zukunftsagentur eingebunden werden. Auch die LINKE kritisiert «eine völlig ungleichgewichtige Repräsentanz der politischen und gesellschaftlichen

Akteure». Die Partei fordert, die Beschlüsse der Kohlekommission «eins zu eins» umzusetzen (Die LINKE im Regionalrat Köln 2019).

3. Ungleiche Konkurrenz um Fördergelder: Ein weiteres Problem ist, dass nicht alle Akteure die gleichen finanziellen und personellen Möglichkeiten haben, um Vorschläge in den Prozess einzubringen, um Fördermittel zu beantragen und diese dann auch sinnvoll einzusetzen. So beklagt Georg Gelhausen, Bürgermeister von Merzenich: «Wir sind eine kleine Kommune. Wir sind 30 Menschen in der Kernverwaltung. Wir haben nicht die Kapazitäten und auch nicht das Personal, das die Anträge schreiben könnte.» (I-Merz) Betrachtet man die ersten Förderempfehlungen, die im Aufsichtsrat der ZRR ausgesprochen wurden (siehe unten), dann zeigt sich einerseits eine breite geografische Verteilung der vorgeschlagenen Projekte im Rheinischen Revier. Andererseits spiegeln sich darin auch deutlich die Interessen der an der ZRR beteiligten Akteure wider. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass insbesondere Unternehmen und hochkarätige wissenschaftliche Einrichtungen wie das Forschungszentrum Jülich zum Zuge kommen. Weniger ressourcenstarke Akteure wie Umweltverbände oder kleinere Kommunen haben schlechtere Karten.

Die Revierknoten und das Wirtschafts- und Strukturprogramm

Als inhaltlicher Leitfaden, um die im Strukturstärkungsgesetz zugesagten Fördergelder zu vergeben, soll im Rheinland das «Wirtschafts- und Strukturprogramm» (WSP) dienen. Die erste Version des WSP wurde im Herbst 2019 von den sogenannten Revierknoten (siehe unten) innerhalb der ZRR erarbeitet. Das Dokument ist die zentrale Grundlage für die Gestaltung des Strukturwandels und legt fest, welche Projekte gefördert werden sollen und welche nicht. Bereits im September 2018 beschlossen Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat der ZRR das Papier «Das Rheinische Zukunftsrevier. Eckpunkte eines Wirtschafts- und Strukturprogramms». Das Konzept diente als Basis für das WSP und bestimmte bereits vier Zukunftsfelder für einen erfolgreichen Strukturwandel: «Energie und Industrie», «Innovation und Bildung», «Ressourcen und Agrobusiness» sowie «Raum und Infrastruktur».

Die Agentur formuliert den Anspruch, das WSP in einem partizipativen Verfahren zu erstellen, das viele Akteure aus der Region einbezieht. Über die gesamte Förderperiode bis 2038 soll das WSP in einem «beständigen Lern- und Beteiligungsprozess» angepasst und weiterentwickelt werden. Dafür richtete die ZRR fachliche Arbeitsgruppen für jedes der vier Zukunftsfelder ein: die sogenannten Revierknoten. Im Herbst 2019 organisierte sie einen intensiven Beteiligungsprozess: Nach einer «Aufgabetaktkonferenz Revierknoten» am 6. September konnten Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und den Kommunen in einzelnen Fachveranstaltungen der Revierknoten ihre Ideen und Vorschläge zu den Themenfeldern einbringen. Mitte De-

zember stellte die ZRR das erarbeitete WSP 1.0 den Regionalräten Düsseldorf und Köln vor. Auf einer weiteren Revierkonferenz präsentierte sie es auch der interessierten Öffentlichkeit.

Die Arbeitsgruppen der Revierknoten waren der zentrale Ort, wo das WSP 1.0 erarbeitet wurde. Formal waren die Veranstaltungen für alle Interessierten offen. Doch die Einladungspolitik zu den Revierknoten, die Auswahl der Vortragenden und die Gestaltung der Diskussionen erschwerten eine echte Partizipation. Faktisch erstellten die Teams der Revierknoten das WSP 1.0 – in dem von ZRR und Landespolitik vorgegebenen Rahmen. Hier hat sich eine Fach-Community aus Unternehmen, Verbänden, Forschungseinrichtungen und politischen Institutionen zusammengefunden. Einzelne Vertreter*innen der Zivilgesellschaft besuchten die Revierknoten aus eigener Initiative, ohne dass sie von der ZRR dazu offiziell eingeladen worden waren. Doch ihre Vorschläge flossen zumeist nicht in das WSP ein. Ein echter Dialog mit wichtigen zivilgesellschaftlichen Gruppen wie Tagebaubetroffenen, Umwelt- und Sozialverbänden fand nicht statt und war auch nicht Ziel dieser Veranstaltungen. Deswegen bemängeln Gesprächspartner*innen aus der Umweltbewegung, dass die Revierknoten eher eine «Alibi-Einbindung» darstellen, um dem Prozess Legitimation zu verleihen. Insbesondere Antje Grothus vom Zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreis (ZKS) zeigte sich enttäuscht: «Sie sagen, es gab eine Beteiligung. Aber es gab keine Beteiligung.» (I-ZKS) Dafür spricht auch, dass die ZRR das WSP in nur wenigen Monaten erstellte und schon Ende Dezember der Öffentlichkeit vorstellte.

Die umstrittene Beteiligung der Öffentlichkeit

Nach der Fertigstellung des WSP 1.0 sollte die Öffentlichkeit im Jahr 2020, dem sogenannten Revierjahr, in einem breit angelegten Konsultations- und Beteiligungsverfahren die Möglichkeit bekommen, das Konzept zu diskutieren und zu kommentieren.²⁰ Dafür hat die ZRR zwei parallele Verfahren gestartet: *Erstens* waren «Träger öffentlicher Belange» eingeladen, bis einschließlich August Stellungnahmen zum WSP 1.0 einzureichen. Das umfasst Gebietskörperschaften, Industrie- und Handelskammern, Handwerk und Landwirtschaft sowie NGOs. Auch die Revierknoten arbeiten weiter. *Zweitens* beauftragte die ZRR Ende 2019 die Agentur Zebralog, einen Partizipationsprozess für die Bürger*innen der Region zu organisieren. Das soll eine breite Anerkennung des Strukturwandels sicherstellen und das WSP in der Bevölkerung bekannt machen. Die Arbeit von Zebralog startete Anfang 2020: Sie berief eine Expertengruppe ein, die beim Beteiligungsprozess beraten sollte. Die maßgeblichen Akteure in der Gruppe waren das Landeswirtschaftsministerium und die ZRR. Auch die IHK Aachen war beteiligt sowie einzelne Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. Als nächster Schritt wurde die sogenannte Spurguppe gebildet. Diese besteht neben Vertreter*innen der

oben genannten Expertengruppe (Vorspurgruppe) aus 20 Bürger*innen aus dem Revier, die im Februar durch ein Losverfahren bestimmt wurden. Die Zusammensetzung soll die Breite der Gesellschaft widerspiegeln und «viele unterschiedliche Perspektiven im Revier abbilden» (ZRR 2018/2019). Die Spurguppe soll viermal im Jahr tagen und den Zebralog-Prozess begleiten.

Die Beteiligung soll über ein breit gefächertes Angebot organisiert und ermöglicht werden. Dazu gehören verschiedene Formate wie Revier-Werkstätten, Revier-Touren, Revier-Gespräche und ein Online-Dialog. Aufgrund der Corona-Krise wurden viele Veranstaltungen in den digitalen Raum verlagert. Der Prozess ist mit einem ersten (digitalen) Revier-Forum am 12. Mai 2020 gestartet und soll mit einem zweiten Revier-Forum im November 2020 abgeschlossen werden. Alle Angebote sind niedrigschwellig und dienen dazu, dass interessierte Bürger*innen sich über den Strukturwandel informieren und Anregungen zum WSP 1.0 formulieren können. Bei den verschiedenen oben genannten Veranstaltungen sollen die teilnehmenden Bürger*innen auch Leitlinien für die zukünftige Beteiligung im Revier diskutieren. Die auf diese Weise verabredeten Verfahren und Maßstäbe sollen als sogenannte Revier-Charta Bestandteil des Strukturwandelprozesses werden. Die ZRR wird die Ergebnisse aus den vorgestellten Beteiligungsverfahren auswerten, auf dieser Basis das Wirtschafts- und Strukturprogramm überarbeiten und Ende 2020 ein WSP 1.1 beschließen, das sie dann erneut der Öffentlichkeit präsentieren will.

Wie sind diese Angebote zur Beteiligung zu bewerten? Verfestigt der von Zebralog organisierte Partizipationsprozess die Machtungleichgewichte im Strukturwandel oder eröffnet er die Chance für eine echte Bürgerbeteiligung? Der Prozess von Zebralog spiegelt selbst Forderungen aus der Zivilgesellschaft nach einer umfassenderen Beteiligung wider: So hatten zum Beispiel die Buirer für Buir ursprünglich die Einrichtung eines Beratungskreises per Los gefordert, was nun mit der Spurguppe realisiert wurde. Tatsächlich bringen die gewählten Beteiligungsformate die Sichtweisen der Bürger*innen stärker als bisher in den Prozess ein. Dass es überhaupt solche Partizipationsangebote gibt, ist zunächst positiv zu bewerten.

Die Praxis des gesamten Prozesses erfordert jedoch eine genauere Betrachtung. Die Landesregierung und die ZRR haben die Eckpunkte für das Verfahren vorgegeben. Auch die Zusammensetzung der Vorspurgruppe spiegelte die Machtverhältnisse in der ZRR wider. Vor allem hat die Zukunftsagentur mit dem WSP 1.0 bereits einen inhaltlichen Rahmen geschaffen, ohne die Zivilgesellschaft maßgeblich daran zu beteiligen. Noch deutlicher wird dies an zwei zentralen Entscheidungen vom Frühsommer 2020: Erstens schätzte der Aufsichtsrat 83 Projekte als grundsätzlich förderfähig ein und verkündete dies öffentlichkeitswirksam. Zweitens

²⁰ Aufgrund der Corona-Krise musste die ZRR einige Angebote auf digitale Formate umstellen, lag aber vor der Sommerpause 2020 weitgehend im Zeitplan.

wurde die Revierkonferenz im Juni 2020 auf ein Online-Format von 90 Minuten reduziert, das vor allem aus Grußworten, Projektvorstellungen und einer Podiumsdiskussion mit RWE bestand. Während der Prozess der Bürgerbeteiligung noch läuft, werden hier auf der Grundlage eines bestehenden inhaltlichen Rahmens Fakten geschaffen, die sich hinterher nur noch schwer hinterfragen oder ändern lassen. Die Bürger*innen haben höchstens die Möglichkeit, diese im Nachhinein zu kommentieren. Auf welche Art die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in den Prozess einfließen werden, ist nicht klar definiert. Ursprünglich sollte das gesammelte Feedback der Rheinländer*innen in Form eines verpflichtenden Bürgergutachtens in das WSP 1.1 aufgenommen werden. Stattdessen wird die ZRR es nun nur noch wohlwollend zur Kenntnis nehmen und weiterhin ihre eigene Vorstellung von Strukturwandel vorantreiben.

2.4 DAS WIRTSCHAFTS- UND STRUKTURPROGRAMM: INHALTE UND PROJEKTE DES STRUKTURWANDELS

Als Vision für die Region formuliert die ZRR im Wirtschafts- und Strukturprogramm: «Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen- und Bioökonomie, in der industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neuen Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell- und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktion werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen.» (ZRR 2019: 11)

Das Konzept will also an den bestehenden wirtschaftlichen Stärken des Reviers anknüpfen, die etablierten Industrien bewahren und die hohe Qualität der Arbeitsplätze erhalten. Gleichzeitig soll die Region auf eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft umgestellt werden und bis zum Jahr 2050 CO₂-neutral wirtschaften. Diesen Anspruch konkretisiert das WSP in drei Zielen: Erstens sollen industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung im Revier erhalten bzw. ersetzt werden. Dafür müsse vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie bewahrt werden, indem sie weiterhin sicher und preiswert Strom bekommt. Zweitens soll eine «europäischen Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensicherheit durch die nachhaltige Weiterentwicklung der industriellen Wertschöpfungsketten» (ebd.: 19) entstehen. Die Innovationskraft von Unternehmen und Wissenschaft soll dazu beitragen, treibhausgasneutrale industrielle Technologien und Verfahren zu entwickeln. Drittens soll der Raum in der Nach-Tagebau-Landschaft ganzheitlich und nachhaltig gestaltet werden.

Diese Ziele sollen in den vier Zukunftsfeldern «Energie und Industrie», «Innovation und Bildung», «Res-

ourcen und Agrobusiness» sowie «Raum und Infrastruktur» umgesetzt werden. Für jedes werden Handlungsfelder benannt, in denen Projekte bevorzugt zu fördern sind. In diesen Projekten sollen modellhafte Lösungen gefunden werden, beispielsweise wie ein Industrieunternehmen mit einer wechselnden Energieversorgung produzieren kann oder wie pflanzliche Rohstoffe Kunststoffe ersetzen können. Besonders innovative Leuchtturmprojekte und «Next-Practice-Ansätze» aus diesen Zukunftsfeldern sollen in einer Internationalen Bau- und Technologieausstellung (IBTA) präsentiert werden. Auf diese Weise sollen Öffentlichkeit und Investoren informiert und für die Chancen des Strukturwandels begeistert werden. Welche Form die IBTA annehmen wird – ob die Form von regelmäßigen Messen oder einer regionalen EXPO – scheint noch in der Diskussion.

Aus linker Sicht muss das Wirtschafts- und Strukturprogramm kritisch betrachtet werden. Das WSP setzt nicht nur den offiziellen politischen Rahmen, welche Projekte in Zukunft gefördert werden. Das Papier hat auch Einfluss darauf, welche Art von Strukturwandel im Rheinland als vernünftig und wünschenswert angesehen wird. Zwar sollen auch die regionale Bevölkerung und verschiedene Interessengruppen mit einbezogen werden, doch die Vorschläge des Konzepts entsprechen in weiten Teilen der dominanten Sichtweise von Regionalentwicklung (siehe Kapitel 1.2). So ist das ganze Papier von der unhinterfragten Annahme gekennzeichnet, das Revier müsse sich als eine Wirtschaftsregion mit Unternehmen profilieren, die auf ökologischen Technologien basieren. Die Aufgabe der Politik bestehe maßgeblich darin, Unternehmensgründungen anzuregen und die Wettbewerbsfähigkeit bestehender Firmen zu erhalten, damit diese nicht nur den regionalen Markt bedienen, sondern sich auch auf dem Weltmarkt bewähren können.

Als Querschnittsaufgaben gelten die Stärkung der Innovationskraft der ganzen Region sowie die Bindung von qualifizierten Fachkräften. Im Strukturwandel sollen die ansässigen (Groß-)Unternehmen der energieintensiven Industrie geschützt werden. Gleichzeitig ist vorgesehen, die Wertschöpfungsketten ökologisch zu modernisieren und neue Investoren anzulocken. Im Revier soll die etablierte energieintensive (Schwer-)Industrie mit einer modernen «Green Economy» verbunden werden, die auf industrielle Hightech-Innovationen setzt, um weniger Ressourcen zu verbrauchen. So soll das Rheinische Revier zu einem internationalen Modell für den nachhaltigen Wandel einer industriellen Region werden. In der aktuellen Phase stehen eine Reihe von Forschungsvorhaben und Leuchtturmprojekten im Vordergrund, die als Initialzündung für den Strukturwandel dienen sollen. Regionale Kammern, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und staatliche Akteure arbeiten in gemeinsamen Projekten an künstlicher Intelligenz, autonom fahrenden Autos und Flugtaxi.

Im Juni 2020 wurden 83 Projekte vom Aufsichtsrat der ZRR als förderwürdig eingeschätzt. Es lohnt sich

also ein Blick auf Aussagen des WSP und die bereits bestehenden Projektideen:

Energie und Industrie: Das WSP versucht einen Spagat, indem es im Revier einerseits sichere und billige Energie für die alte Industrie bereitstellen und es andererseits «zum Motor und Vorreiter für die Entwicklung und Nutzung zukunftsfähiger Energietechnologien» machen will (ZRR 2019: 35). Diese Herausforderung wird als Chance beschrieben, eine Modellregion zu schaffen, deren nachhaltige Energieunternehmen einer fast klimaneutralen Industrie das «Produkt Versorgungssicherheit» garantieren, also weiterhin verlässlich preiswerte Energie verkaufen. Dafür sollen mit dem Leitprojekt «Gigawatt-Pakt für Erneuerbare Energien» vor allem Windenergie und Photovoltaik gefördert werden. Außerdem sollen Energieinnovationen wie verschiedene Speicher (auf der Basis von verschiedenen Salzkristallen, die in chemischen Verfahren erzeugt werden) und das Lastmanagement bei schwankender Energieversorgung entwickelt werden. Ein Beispiel hierfür ist der Ende 2019 in Teilen eröffnete Brainergy Park Jülich. Drei Kommunen haben gemeinsam diesen 52 Hektar großen Gewerbepark geschaffen, um dort Forschungsinstitute, Start-ups und regionale Unternehmen anzusiedeln, die die Energiewende voranbringen sollen. Im Zentrum des Parks soll das Brainergy Village entstehen, das als Demonstrationsplattform für eine flexible Energieversorgung von Unternehmen dienen soll. Der Park soll Wissenschaft und Unternehmen zusammenbringen, um ein höchstmögliches Innovationspotenzial zu entfalten. Insbesondere bei der Auswahl der zu fördernden Projekte fällt ein weiterer Schwerpunkt auf: Brennstoffzellen sollen in der Region als neue Antriebs- und Energiequelle erprobt werden. Unter der Überschrift «Wasserstoffrevier» sind hier verschiedene Projekte vorgesehen, unter anderem der Aufbau einer regionalen Brennstoffzellenproduktion und ein Forschungscluster für die Wasserstoffwirtschaft innerhalb der Forschungsgemeinschaft der Helmholtz-Institute, ein weiteres Institut in Jülich und verschiedene Netzwerke.

Ressourcen und Agrobusiness: Das WSP schlägt in diesem Bereich vor, im Revier eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft und eine nachhaltige Bioökonomie aufzubauen – ein «Bioökonomie-Revier». Das bedeutet, möglichst alle Rohstoffe sollen recycelt und wiederverwendet, Kunststoffe durch natürliche Ressourcen ersetzt werden. Einen interessanten Ansatz liefert hier die Projektidee, das Kraftwerk Frimmersdorf, das bald komplett vom Netz genommen wird, in ein Baustoffrecycling- und Rohstoffgewinnungszentrum umzuwandeln. Grundsätzlich ist es sinnvoll, die bisherige Wirtschaftsweise, die auf der Ausbeutung endlicher Rohstoffe basiert, durch eine Kreislaufwirtschaft auf Grundlage nachwachsender Rohstoffe zu ersetzen. Allerdings setzt die ZRR-Strategie einseitig auf eine Hightech-Bioökonomie, die auf Wachstum orientiert und von privaten Unternehmen bestimmt ist.

Das Projekt BioökonomieREVIER, das aus Mitteln des Modellvorhabens «Unternehmen Revier» gefördert wird, soll den im WSP formulierten Zielen eine konkrete Gestalt geben. Dafür soll das Projekt in mehreren aufeinander aufbauenden Stufen verschiedene Akteure vernetzen, Strategien entwickeln und Pilotprojekte schaffen, um mit biobasierten Innovationen neue Geschäftsmodelle hervorzubringen. Die intensive «hoch produktive Landwirtschaft» im Rheinland stellt das WSP nicht infrage, obwohl sie viele negative Auswirkungen auf Menschen und Natur hat. Alternative gesellschaftliche Anbau- und Vertriebsformen spielen keine Rolle. Vielmehr soll die intensive Landwirtschaft optimiert und erweitert werden, indem in Zukunft Technologien der «digitalen Landwirtschaft» (etwa Drohnen) zum Einsatz kommen. Dies könnte weitere Fusionen von Unternehmen in diesem Bereich beschleunigen. Wenn in Zukunft neben Nahrungsmitteln auch Rohstoffe für Bau-, Chemie- und Pharmaindustrie angebaut werden, könnte das außerdem die Flächenkonkurrenz anheizen, nicht nur im Rheinischen Revier, sondern auch in anderen Regionen der Welt.

Innovation und Bildung: Das Revier verfügt insbesondere mit der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen und dem Forschungszentrum Jülich aus Sicht des WSP über eine «im internationalen Maßstab exzellente und auch anwendungsorientierte Forschungslandschaft» (ZRR 2019: 112). Und tatsächlich sind beide Forschungseinrichtungen als zentrale Player an vielen Strukturwandelprojekten mit unterschiedlichen Partnern beteiligt. Die regionale Wissenschaft dient laut WSP in erster Linie dazu, die Innovationsfähigkeit der ansässigen Unternehmen zu steigern und Start-ups zu gründen. Entsprechend finden sich viele Hubs als Gründungszentren für Start-ups in der ersten Projektliste der ZRR. Branchen, die dabei besonders in den Blick genommen werden, umfassen künstliche Intelligenz, digitale Geschäftsmodelle und Hardware sowie «nachhaltige Chemie». Diese vorgeschlagenen Zentren verteilen sich relativ gleichmäßig über die Kreise des Reviers, sind also nicht auf die bisherigen Wissenschaftsstandorte beschränkt. Insgesamt soll das Rheinische Revier zu einem «Innovation Valley» mit Blick auf Zukunftstechnologien ausgebaut werden. Das Dokument betont zwar auch die Bedeutung von Schulen sowie von Aus- und Weiterbildung. Allerdings müsse die berufliche Ausbildung der Menschen passgenau auf den zukünftigen Bedarf einer sich schnell wandelnden Wirtschaft ausgerichtet werden. Die Fachkräfte müssten eine neue Kultur des lebenslangen Lernens entwickeln, denn Wissen sei «DIE Ressource [...] und der entscheidende Standortfaktor des Rheinischen Reviers» (ebd.). Neben Bildung wird auch der Gesundheitsbereich angesprochen, aber nicht im Sinne guter Pflege und Betreuung, sondern als Geschäftsfeld für Unternehmen der Medizintechnik, Pharmazie, Life Sciences und digitaler Anwendungen, um menschliche Arbeit und Kontakte zu ersetzen.

Raum und Infrastruktur: Im WSP wird eine «Integrierte Raumstrategie 2038+» formuliert mit einem umfassenden Planungsanspruch mit «höchsten gestalterischen Ambitionen und Qualitätsansprüchen» für eine «nachhaltige Region» (ebd.: 139). Die Strategie soll allen Zielen und Nutzungsformen im Revier (Gewerbe, Infrastruktur, Wohnen, Natur) optimale Entfaltungsbedingungen bieten. Sie benennt aber nicht die Konflikte, die zu erwarten sind. Zum einen thematisiert sie nicht, dass RWE in den nächsten 18 Jahren noch systematisch Dörfer und Landschaften zerstören will und auch im Anschluss die Gestaltung vieler Flächen monopolisieren wird (RWE AG 2019). Zum anderen stellt die Strategie zwar in Aussicht, dass die Bevölkerung beteiligt werden soll. Die «Menschen in den Dörfern» sollen jedoch vor allem «informiert» und zu einer «Teilnahme» am Strukturwandelprozess «aktiviert» werden (ZRR 2019: 136).

Konkreter wird es im Bereich Mobilität. Hier schlägt das WSP einerseits vor, moderne Mobilitätsdienstleistungen auszubauen und den Umweltverbund (Bus, Bahn, Fahrrad, Fußverkehr) auf dem Land zu fördern. So finden sich auch verschiedene konkrete Vorschläge (z. B. der Ausbau eines regionalen Radwegenetzes, die Ausweitung der Kölner Stadtbahn und eine Region-Tram um Aachen) in der Projektliste. Insgesamt vier der vorgeschlagenen Projekte beschäftigen sich mit neuen Ansätzen für die Luftfahrt. Dazu zählt der Ausbau des Flugplatzes Aachen-Merzbrück zu einem Forschungszentrum, um dort ein an der RWTH Aachen entwickeltes Flugtaxi zur Serienreife zu bringen. Eine bodenständige Mobilitätswende für alle sieht anders aus.

Kontroversen um das Wirtschafts- und Strukturprogramm

Grundsätzlich betont das WSP, dass neben den Wachstumskernen in den ausgewählten Zukunftsfeldern auch die gesamte ansässige Wirtschaft – vom Handwerksbetrieb bis zum Großunternehmen – unterstützt werden muss. Diese Unternehmen seien das wirtschaftliche Rückgrat der Region und damit wichtig, um wirtschaftlichen Erfolg und gute Arbeit zu sichern. Einerseits erweitert das WSP auf diese Weise die Perspektive und bezieht vor allem regional verankerte Handwerksbetriebe ein. Andererseits verengt das Papier den Blick darauf, welchen Beitrag die Betriebe zu digitalen und technischen Innovationen leisten können, womit viele bestehende Unternehmen aus dem Raster für Förderungen herausfallen. Außerdem setzt das Papier nicht konsequent darauf, dass das Gewerbe auf eine nachhaltige Produktion umstellt. Darüber hinaus kommt das Thema energetische Gebäudesanierung im WSP nur am Rande vor. Es soll zwar ein Masterplan für die Sanierung des Gebäudebestandes erstellt werden. Doch ein Bekenntnis zu niedrigen Energiestandards bei Neubauten und konkrete Maßnahmen fehlen.

Im WSP finden sich zwar an verschiedenen Stellen auch vielversprechende Ansatzpunkte, die auf einen

tatsächlich nachhaltigen Umbau der Region zielen und dabei auch gute Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für das Gros der Bevölkerung mitdenken. Doch leider bleiben diese Ansätze schwach gegenüber der dominanten Stoßrichtung, die sich in allen Zukunftsfeldern findet. Entsprechend werden auch das Wirtschafts- und Strukturprogramm sowie die bisherigen praktischen Schritte in Richtung Strukturwandel von den Akteuren im Rheinland unterschiedlich bewertet. Während die dominanten Akteure den eingeschlagenen Weg gutheißen, formulieren Akteure aus der Zivilgesellschaft deutliche Kritik und bringen Alternativen ins Spiel.

Die IHK Aachen sieht im Umbau des Energiesystems und in der Fertigung von Hightech-Produkten neue Geschäftsfelder für ihre Mitglieder. Vor allem begrüßt sie aber, dass das WSP die Notwendigkeit betont, billigen und verlässlichen Strom für die energieintensive Industrie bereitzustellen: «Bei aller Sinnhaftigkeit und bei allem Nutzen [...] von erneuerbaren Energien und dem Braunkohleausstieg – wenn diese Industrie gefährdet wird, haben wir ein echtes Problem in der Region.» (IHK) Mit Blick auf die Beschäftigten in den Industriebetrieben positioniert sich die IG BCE ähnlich: Das Revier solle auch in Zukunft seine wirtschaftlichen Schwerpunkte in der Industrie und Energieproduktion behalten.

Demgegenüber erkennt der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) zwar den guten Willen der beteiligten Akteure, die den Ausbau erneuerbarer Energien in das WSP aufgenommen haben. Doch die aktuell noch sehr klimaschädliche Wirtschaftsweise im Revier müsse noch viel konsequenter umgebaut werden. Dafür brauche es eine klare Festlegung: «Wir wollen die erste CO₂-neutrale Region Europas werden. Das muss das Ziel sein.» (I-LEE)

Deutlich schärfer kritisiert der Zivilgesellschaftliche Koordinierungskreis, dass die ZRR die zahlreichen Vorschläge aus der Zivilgesellschaft nicht in das WSP aufgenommen habe. Dazu gehörten zum Beispiel die Förderung der ökologischen Landwirtschaft oder ein Projekt zum Schutz der regionalen Bürgewälder (einschließlich des Hambacher Forstes): «In dem Papier zum Revierknoten Agrobusiness ist nicht eine Silbe vorgekommen von dem, was die Zivilgesellschaft eingebracht hat.» (I-ANS) Kohlegegner*innen fordern deswegen, dass das Dokument grundlegend überarbeitet wird: «Das WSP 1.0 muss noch einmal aufgemacht werden und ergänzt werden um die Themen, die nicht berücksichtigt wurden.» (I-BfB) Gleichzeitig haben der Zivilgesellschaftliche Koordinierungskreis sowie Bewegungsakteure wie «Aufbäumen» und die Interventionistische Linke alternative Konzepte erarbeitet. Sie versuchen, damit eine andere Vision für die Zukunft des Rheinlands aufzuzeigen (siehe Kapitel 3.1).

Welche Zukunft hat RWE in der Region?

RWE positioniert sich als zentraler Akteur im Strukturwandel und will auch weiterhin eine wichtige Rol-

le im Revier spielen. So hat der Konzern Anfang 2018 das «ZukunftsFORUM – Wir für das Rheinische Revier» als Vernetzungsplattform eingerichtet, vor allem um Einfluss auf das Raumentwicklungskonzept für das Kernrevier zu nehmen. In diesem Rahmen hat er einen «Fachbeitrag zum Regionalplan Köln» erstellt und im Juni 2019 veröffentlicht.

Die zahlreichen großen Flächen, die RWE im Revier besitzt, sind eine wichtige Ressource für den Energiekonzern und möglicherweise ein neues Geschäftsfeld. So will er nicht mehr betriebsnotwendige Flächen für neue Projekte nutzen und sich damit ein zweites Standbein aufbauen. Der Konzern schlägt in seinem Fachbeitrag diverse Nachfolgenutzungen für die kommenden Jahrzehnte vor. Für insgesamt 47 Standorte skizziert er Projekte, von denen einzelne schon kurzfristig umgesetzt werden könnten. Zu den Vorschlägen zählen: gemischte Quartiere für Wohnen und Arbeiten, Bereiche der Freizeitgestaltung und des Tourismus, land- bzw. forstwirtschaftliche Nutzungen, eine ökologische Aufwertung und die Förderung des Artenschutzes in renaturierten Zonen. Ferner möchte RWE seine Verkehrs- und Logistikinfrastruktur, zum Beispiel Werkschienen, für den öffentlichen Verkehr und neue Mobilitätsangebote zur Verfügung stellen. Betriebsflächen und -gebäude könnten auch für neue Industrie- und Gewerbeparks genutzt werden. Vor allem biete die Stromerzeugung und -speicherung auf Basis regenerativer Energien ein großes Potenzial. Dafür kooperiert der bisherige Klimakiller RWE mit verschiedenen Forschungsinstituten. In Pilotprojekten wollen die Partner erproben, wie «virtuelle Kraftwerke» die energieintensive Industrie mit stetigem Strom versorgen können oder wie sich aus den Abgasen von Kohlekraftwerken Treibstoffe herstellen lassen. Für einzelne Standorte von Kraftwerken und Veredelungsanlagen strebt RWE die Umrüstung zu bzw. den Bau von Wärmespeicherkraftwerken, von Tiefengeothermie-Anlagen zur Fernwärmeversorgung, von Gaskraftwerken oder Power-To-X-Anlagen an. Ein weiteres mögliches Zukunftsprojekt ist zudem die Errichtung von gigantischen Solarparks mit einer Gesamtleistung von zehn Gigawatt auf den Flächen von RWE und sogar als schwimmende Inseln in den geplanten Tagebauseen (Enkhardt 2020).

Trotz der öffentlichen Debatten um Klimawandel und Kohleausstieg und trotz des wachsenden Widerstands hat RWE immer noch viele Beziehungen und großen politischen Einfluss in der Region. Das Unternehmen sponsert zahlreiche Vereine und Veranstaltungen. In vielen Familien im Kernrevier gibt es eine geliebte Bergbautradition, Verwandte oder Freund*innen

sind bei RWE beschäftigt. Darüber hinaus basiert die Macht von RWE vor allem auf den engen Verbindungen, die der Konzern zu Kommunen und Kreisen aufgebaut hat. Zwar hat in den letzten Jahren eine Reihe von Städten ihre Anteile an RWE verkauft. Doch noch immer besitzen Kommunen rund 15 bis 20 Prozent der RWE-Aktien. RWE ist außerdem als Partner an den Zweckverbänden beteiligt, deren Aufgabe es ist, die Nach-Tagebau-Landschaften zu gestalten: Landfolge Garzweiler, Tagebau-Umfeldinitiative Hambach und indeland – ich.see.zukunft. Diese spielen für die landschaftliche Entwicklung der Region eine wichtige Rolle. Die dominante Position von RWE im Revier hat bei der Kommunalpolitik zu einer Kultur der Unterordnung geführt: «Es gibt ja auch Punkte, über die keiner spricht: die Umsiedlungen, diejenigen, die unter dem Braunkohleabbau leiden, die Ewigkeitsfolgen [...]. Keiner der Bürgermeister traut sich, die Dinge anzusprechen – weil sie wohl noch zu sehr an RWE hängen.» (I-LEE)

Die oben beschriebenen dominanten Akteure unterstützen die zentrale Rolle, die RWE für sich selbst im Strukturwandel reklamiert. Die IHK Aachen initiiert Dialoge zwischen RWE, anderen Firmen und der Wissenschaft, um die Netzwerke des Strukturwandels zu vertiefen. Auch Herr Gelhausen, Bürgermeister von Merzenich, ist überzeugt: «Das Ganze geht nur mit RWE als größtem Flächenbesitzer in der Region [...]. Alle Akteure müssen sich an einen Tisch setzen.» (I-Merz) Die IG BCE pocht darauf, dass RWE beim Kohleausstieg die Interessen der Beschäftigten wahren müsse, und unterstützt den Konzern dabei, den Ausstieg so lange wie möglich hinauszuzögern.

Diese Loyalitätsbeziehungen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zukunft von RWE im Rheinischen Revier stark umstritten ist. Die zahlreichen Kohlegegner*innen ringen mit dem Konzern nicht nur darum, Dörfer und Wälder zu erhalten und schnell aus der global verheerenden Braunkohleverstromung auszusteigen. Sie trauen ihm auch nicht zu, eine konstruktive Rolle im Strukturwandel zu spielen. Insbesondere Tagebaubetroffene wollen ihn konsequent ausschließen, wenn es darum geht, aus dem Revier, das durch die Braunkohle verwüstet wurde, wieder einen nachhaltigen Lebensraum zu machen: «Wir gehen mit allen an einen Tisch. Nur bei RWE sind wir skeptisch. Und wenn RWE energiepolitisch etwas machen will, lehnen wir das ab.» (I-BfB) Akteure der Klimabewegung wie «Aufbäumen» oder die Interventionistische Linke gehen noch einen Schritt weiter. Sie fordern, RWE zu enteignen und aufzulösen (siehe Kapitel 3.1).

3 EINE LINKE TRANSFORMATIONSSTRATEGIE FÜR EIN SOZIALÖKOLOGISCHES REVIER

3.1 EINORDNUNG

Ob auf Bundesebene oder im Rheinischen Braunkohlerevier: In den meisten Konzepten und Pilotprojekten zeigt sich ein bestimmtes Verständnis von Strukturwandel. Im Rheinland setzt die vorherrschende Strukturwandelpolitik darauf, die regionale Wertschöpfung durch eine ökologische Modernisierung weiterzuentwickeln (vgl. Magnani 2012). Die etablierten energieintensiven (oft klimaschädlichen) Industrien sollen erhalten und gleichzeitig zu einer «Green Economy» umgebaut werden, die ökologische Technologien zum neuen Geschäftsfeld macht. Die Ansätze im Rheinland sind daher im Einklang mit vielen derzeit gängigen Entwicklungskonzepten, darunter auch der angekündigte «Green New Deal» der EU-Kommission. Doch diese grüne Ökonomie wird ihr Versprechen, den Ressourcenverbrauch zu senken und Wachstum zu sichern, wahrscheinlich nicht einlösen können (Sander 2016a).

Auch auf regionaler Ebene entspricht das Vorgehen der ZRR dem gängigen Baukasten für (grüne) Innovationen: Unternehmen und Forschungseinrichtungen sollen, unterstützt durch die Politik, technische Innovationen hervorbringen (Cooke 2010). Diese werden in Pilot- oder Nischenprojekten unter kontrollierten Bedingungen getestet und weiterentwickelt (Geels 2002), um dann alte Technologien oder Produktionsprozesse zu ersetzen. Das Problem dabei ist, dass dieser Ansatz grundlegende Verhältnisse nicht hinterfragt, die einer tatsächlichen sozialökologischen Transformation entgegenstehen (Brand 2014). Dazu zählen die weiterhin ungebrochene Orientierung am Wirtschaftswachstum und an der Vollzeitarbeit, der Wettbewerb zwischen Regionen im Kapitalismus, der einer konsequenten Einführung sozialer und ökologischer Standards entgegensteht, und auch ein Lebensstil, der auf der globalen Verfügbarkeit und dem Konsum natürlicher Ressourcen aufbaut (Brand/Wissen 2017). So ist auch die Diskussion um den Strukturwandel im Rheinischen Revier weiterhin an der Vorstellung orientiert, nur große Industrieunternehmen können gute Arbeitsplätze und Steuereinnahmen generieren. Sie müssten sich nur auf neue technische Produkte und Bioökonomie umstellen, um dem Rheinischen Revier eine prosperierende Zukunft zu geben.

Die Region müsste sich unserer Meinung nach jedoch von diesen Vorstellungen freimachen und nach Alternativen zu einem konzernorientierten Strukturwandel suchen. Denn um Klimakrise und Umweltzerstörung einzudämmen, brauchen wir einen grundsätzlichen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialökologische Transformation des Rheinischen Reviers muss gleichermaßen soziale und ökologische Gerechtigkeit anstreben – sowohl auf der nationalen als auch auf der globalen Ebene (Kaiser/Wullweber 2007). Das klingt erst einmal paradox, doch es ist eine Her-

ausforderung unserer Zeit, im Lokalen Lösungen zu finden, die auch gut für den Planeten und das Klima sind. Es gilt solche Projekte voranzutreiben, die den Widerspruch zwischen lokaler und globaler Gerechtigkeit auflösen. Die Linke muss daher eine eigene Vision entwickeln, den Ansatz einer alternativen Regionalpolitik stark machen. Überlegungen, wie solch eine Politik aussehen könnte, stehen noch am Anfang (Maschke et al. 2020). Deswegen können wir hier nur einige allgemeine Vorschläge formulieren.

- Der Strukturwandel bietet eine Chance, Wirtschaftsstrukturen zu stärken, die auf eine eigenständige regionale Entwicklung setzen. Eine alternative Regionalpolitik versucht, Abhängigkeiten zwischen Regionen zu durchbrechen und durch kooperative Verhältnisse zu ersetzen. Daher fördert sie regionale Wirtschaftskreisläufe und solche Projekte, bei denen die Erträge im Revier bleiben.
- Eine linke Regionalpolitik orientiert sich am Prinzip eines guten Lebens für alle. Die Bedürfnisse der Menschen vor Ort sollten im Mittelpunkt des Strukturwandels stehen – nicht Wertschöpfung um jeden Preis. Ein linkes Leitbild setzt auf die Sorge um Menschen und Umwelt und auf eine behutsame, nachhaltige Organisation der Energieversorgung und Landwirtschaft, des Wohnens und der Mobilität. Diese Sektoren menschen- und umweltfreundlich (und damit vor allem auch emissionsarm) zu gestalten, sollte Vorrang vor einer Orientierung auf privatwirtschaftliche Profite haben.
- Wir brauchen ein anderes Verständnis und eine Umverteilung von Arbeit. Das zielt auf kürzere Arbeitszeiten bei auskömmlichen Löhnen, geht aber noch weiter: Bisher wird Engagement für die Gemeinschaft, für Menschen und Umwelt in unserer Gesellschaft wenig anerkannt und schlecht bezahlt. Außerdem übernehmen häufiger Frauen als Männer solche Arbeiten. Im Zentrum vieler Vorstellungen von Wohlstand steht immer noch die männlich geprägte Industriearbeit, die Produkte schafft. Um das zu ändern, fordert zum Beispiel das Netzwerk Care Revolution, dass die Arbeitsbedingungen und die Löhne im Gesundheitswesen verbessert werden. Private Sorgearbeit muss besser unterstützt und öffentliche soziale Infrastrukturen (Kitas, Schulen etc.) müssen ausgebaut werden.²¹
- Grundsätzlich ist nichts gegen neue, effizientere und ökologischere Technologien einzuwenden. Doch derzeit scheint das vorrangige Ziel zu sein, mit öffentlichen Fördermitteln für Hightech-Innovationen neue Geschäftsfelder für Unternehmen zu erschließen. Dabei ist fraglich, ob sich mit ihnen gesellschaftliche

²¹ Ausführlichere Informationen zum Netzwerk unter: <https://care-revolution.org/>.

Probleme wie der steigende Ressourcenverbrauch lösen oder ein neues Mobilitätssystem aufbauen lassen. Stattdessen sollte die entwickelte Technik sich am konkreten Nutzen für die Menschen orientieren, im Sinne von «konvivialer Technologie» (Berlinguer 2020; Schmelzer/Vetter 2019: 29 f.). Und sie sollte allen zugänglich gemacht werden (zum Beispiel durch Open-Source-Lizenzen).

- Eine alternative Regionalpolitik fördert nur solche Sektoren, die tatsächlich den ökologischen und sozialen Wandel voranbringen. Das bedeutet: Wir müssen die Industriezweige zurück- und umbauen, die nicht sozial und ökologisch wirtschaften, wie zum Beispiel die Kohleindustrie. Gleichzeitig sollen nachhaltige und soziale Bereiche der Wirtschaft wachsen (Latouche 2006). Das gilt für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, den öffentlichen Nahverkehr, klimafreundliches Bauen, eine ökologische Landwirtschaft oder die Bereiche Gesundheit, Pflege und Bildung.

Allerdings sind die Bedingungen für so weitgehende gesellschaftliche Veränderungen in Nordrhein-Westfalen und insgesamt in Deutschland ungünstig. Und ein politischer Wandel, der sich nur auf das Revier konzentriert, stößt an Grenzen. Deswegen sollte die Linke im Rheinland auf konkrete machbare Verbesserungen setzen, die gleichzeitig als Einstiegsprojekte funktionieren und sich mit weitergehenden politischen Forderungen verbinden lassen. Dadurch könnte die Linke die Perspektive einer größeren Transformation aufmachen und die Ausgangsbedingungen dafür verbessern.

3.2 ALTERNATIVE ECKPUNKTE

Für die vorgeschlagene Strategie wollen wir in diesem Kapitel grundlegende Eckpunkte vorstellen und Anregungen geben, wie sich diese in Kriterien für die Unterstützung von Projekten im Strukturwandel übersetzen lassen. Linke und zivilgesellschaftliche Akteure im Rheinland konzentrieren sich bisher noch auf den Kampf für einen Kohleausstieg. Doch einige haben darüber hinaus bereits alternative Entwürfe für den Strukturwandel vorgelegt, zum Beispiel der Zivilgesellschaftliche Koordinierungskreis mit seinem «Lebensraum Rheinisches Revier – gutes Leben und gute Arbeit».²² Ein weiteres Konzept kommt von der Interventionistischen Linken und der Lokalen Anknüpfungs-AG mit ihrer Broschüre «Nach der Kohle: Das Rheinland der Gemeinschaft bauen» (IL/LAAG 2019). Von beiden Papieren lassen wir uns bei unseren Vorschlägen inspirieren.

Klimagerechtigkeit und Kohleausstieg

Eine Linke, die soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat, muss sich auch für globale Klimagerechtigkeit einsetzen (Brunnengräber/Dietz 2015). Beim Klimagipfel 2015 in Paris verpflichtete sich die Staatengemeinschaft dazu, die globale Erwärmung möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung zu begrenzen. Das bedeutet, dass die Länder, die in der Geschichte den größten Beitrag zur Klimakrise geleis-

tet haben (wie Deutschland), ihre Treibhausgasemissionen schnell und drastisch reduzieren müssen. Nur so können die schlimmsten Folgen der schon heute spürbaren Klimakrise noch verhindert werden. Schon bis zum Jahr 2030 müssen die globalen Emissionen auf die Hälfte des heutigen Ausstoßes gesenkt werden (Climate Analytics/NewClimate Institute 2019).

Fossile Ressourcen (wie Öl und Kohle) müssen im Boden bleiben und insbesondere Länder des Globalen Nordens schnellstmöglich die fossile Energiegewinnung beenden. Eine von Greenpeace beauftragte wissenschaftliche Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland bis spätestens 2025 aus der Kohleverstromung aussteigen müsste, um einen gerechten Beitrag dazu zu leisten, die Pariser Klimaziele zu erreichen (NewClimate Institute 2016). Die Linke müsste also für einen echten Kohleausstieg kämpfen. Das heißt, auf Bundesebene das Kohleausstiegsgesetz durch Regelungen zu ergänzen, die den dort vorgesehenen Kohleausstieg beschleunigen, zum Beispiel durch eine drastische Reduktion der Emissionszertifikate auf europäischer Ebene. Im Rheinland gilt es, weiterhin für die schnelle Stilllegung von Tagebauen und Kraftwerken zu kämpfen.

Klima- oder Umweltgerechtigkeit bedeutet allerdings noch mehr: Es ist wichtig, auch bei neuen «Zukunftsvorhaben» auf die klimaspezifischen und ökologischen Auswirkungen zu achten. So hat der Abbau von Rohstoffen für Batterien, die für Elektromobilität benötigt werden, teilweise verheerende Auswirkungen in den Abbauländern (Misereor et al. 2018; Prause/Dietz 2020). Während über Umweltwirkungen von Salzkristallspeichern bisher wenig bekannt ist, ist bereits klar, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass die geplanten Wasserstoffprojekte tatsächlich auf erneuerbaren Energien beruhen. Für die Verteilung von Fördermitteln bedeutet dies:

- Die bisherige Wirtschaftstätigkeit bzw. ein neues Projekt von Antragsteller*innen darf nicht wesentlich auf fossilen Energieträgern basieren bzw. Antragsteller*innen müssen darlegen können, wie sie bis spätestens 2030 klimaneutral arbeiten wollen.
- Antragsteller*innen müssen einen Nachweis über die Wahrung von menschenrechtlichen, ökologischen und sozialen Sorgfaltspflichten entlang ihrer gesamten Lieferketten erbringen.
- Alle Projekte müssen mit der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung vereinbar sein.

Gute Arbeit und soziale Inklusion

Der dominante Diskurs zum Strukturwandel betrachtet die Menschen in der Region vor allem als Humankapital, als Fachkräfte für erfolgreiche Unternehmen. Natürlich ist eine sinnstiftende Arbeit mit guten Bedingungen und anständigem Lohn wichtig für die

²² Vgl. <https://revierperspektiven-rheinland.de/>.

Rheinländer*innen. Darüber hinaus muss die Linke allerdings den ganzen Menschen mit seinen Bedürfnissen nach einem guten Leben ernst nehmen. Das heißt konkret: Die Beschäftigten aus den verschiedenen Branchen müssen in den Strukturwandel einbezogen werden. Für die Arbeiter*innen in der Kohleindustrie bedeutet ein Kohleausstieg tiefgreifende Veränderungen. Gerade bei einem Kohleausstieg bis 2025, spätestens 2030, müssen die verbliebenen Kohlearbeiter*innen umfassend sozial abgesichert werden (etwa durch einen Kohleausstiegs-Tarifvertrag und staatliche Hilfen). Zudem sollten ihnen Umschulungen, Weiterbildungen und neue Arbeitsmöglichkeiten angeboten werden. Auch die Beschäftigten in der energieintensiven Industrie brauchen eine sichere Perspektive. Gemeinsam mit den Beschäftigten müssen Mittel und Wege gefunden werden, den Wandel sozial zu gestalten.

Gleichzeitig sollte die Linke ihren Blick nicht auf die traditionelle Industrie verengen. Sie muss sich dafür einsetzen, dass neue Jobs vor allem in den Bereichen geschaffen werden, die zu einem sozialökologischen Wandel beitragen. Dazu gehören zum Beispiel die Gebäudesanierung und die Installation von erneuerbaren Energien, aber auch der Bildungs- und Gesundheitsbereich (s.u.). Dort besteht ein großer Bedarf und liegt ein großes Potenzial für neue Jobs. Allerdings dürfen durch den Strukturwandel soziale Standards nicht gesenkt werden. Viele Industriebetriebe im Revier bieten gute Arbeitsbedingungen und sind gewerkschaftlich gut organisiert. Gerade bei vielen Dienstleistungsjobs müssen Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitregelungen, Lohnniveau und Mitbestimmung deutlich verbessert werden, damit sie Arbeitsplätze in der Industrie angemessen ersetzen können. Dafür sollte die Linke das Bündnis mit aufgeschlossenen Gewerkschaften in den Zukunftsbereichen suchen.

Zur sozialen Frage gehört auch, dass die Politik die Menschen absichert und ihnen Infrastrukturen bereitstellt. Um gleichwertige Lebensverhältnisse im Revier zu schaffen, müssen etwa Energie, Ernährung, Mobilität und Wohnen für alle bezahlbar sein. Zukunftsvisionen für das Rheinland sollten alle einbeziehen – unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft oder Migrationshintergrund.

- Antragsteller*innen bzw. Projekte müssen sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bieten bzw. neu schaffen, die tarifgebunden und mit Mitbestimmungsrechten ausgestattet sind. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen in strategische Unternehmensentscheidungen einbezogen werden. Die Jobs müssen arbeitnehmerfreundlich sein und ein hohes Maß an zeitlicher Unabhängigkeit bieten.
- Die von Antragsteller*innen entwickelten Produkte und Dienstleistungen müssen für alle Menschen bezahlbar sein bzw. gesonderte Sozialtarife anbieten.

Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwirtschaft

Im Mittelpunkt des Strukturwandels im Rheinischen Revier stehen bisher auf privatwirtschaftliche Gewinne

orientierte Unternehmen. Geht es nach der ZRR, sollen sie gefördert werden und den Strukturwandel umsetzen. Sie sollen innovativ sein, Patente anmelden und sich damit neue Geschäftsfelder erschließen. Ihr Erfolg gilt als Maßstab eines erfolgreichen Strukturwandels.

Doch die Gewinne von privatwirtschaftlichen Unternehmen kommen in der Regel deren Eigentümer*innen zugute. Energiekonzerne wie RWE machen immer noch Profite mit dem Klimakiller Kohle. Im Zweifelsfall stellen sie ihre Rendite über die Umwelt und Arbeitsplatzsicherheit. Mit öffentlichem Druck sind sie kaum zu beeinflussen. Gleichzeitig haben große Konzerne selbst eine so große wirtschaftliche Macht, dass sie immer wieder auf die Politik Einfluss nehmen. Deshalb sollten Großkonzerne wie RWE nicht den Strukturwandel im Revier bestimmen.

Aus einer linken Perspektive müssten stattdessen Unternehmen gefördert werden, die dem Gemeinwohl dienen. Das können öffentliche Unternehmen, Genossenschaften oder andere Formen kooperativ organisierter Unternehmen sein. Die Gewinne von Stadtwerken kommen in der Regel der Kommune und ihren Bürger*innen zugute, die damit andere öffentliche Dienstleistungen wie Nahverkehr, Schwimmbäder oder Krankenhäuser finanzieren können. Aber auch neue Formen der «Gemeinwirtschaft» sind denkbar. Unternehmen sollten möglichst demokratisch organisiert sein, Produktionsmittel und Infrastrukturen als Allmende bzw. Gemeingut verwaltet werden. Darüber hinaus sollten Formen des solidarischen, selbstbestimmten Wirtschaftens und Zusammenlebens gefördert werden. Beispiele sind der Aufbau kleinteiliger Strukturen zur Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern (De Angelis 2017).

- Aus Mitteln zur Förderung des Strukturwandels sollte ein gut ausgestatteter Fonds eingerichtet werden, aus dem ausschließlich gemeinwirtschaftliche Unternehmen unterstützt werden, die ihren Sitz in der Region haben und Innovationen als «Wissensallmende» zur Verfügung stellen.

Demokratisierung des Strukturwandels

Auch der politische Prozess, den die ZRR organisiert, ist problematisch. Regional- und Landespolitik, Wirtschaft und wirtschaftsnahe Forschungsinstitute dominieren die Gremien der Zukunftsagentur, die Formulierung des WSP und den öffentlichen Diskurs. Und sie spielen sich gegenseitig die Bälle zu. Zivilgesellschaftliche Akteure und «einfache Bürger*innen» sind in den Gremien der ZRR gar nicht vertreten und bei den Revierknoten nur Zaungäste. Es ist zu befürchten, dass die oben genannten Akteure auch einen wesentlichen Teil der Fördergelder bekommen werden und andere Akteure leer ausgehen.

Das widerspricht linken Ansprüchen, wie eine demokratische Teilhabe aussehen sollte. Alle relevanten Akteure aus dem Revier müssen sich gleichberechtigt in Diskussionen und Entscheidungen zum Strukturwandel einbringen können. Neben den Bereichen Po-

litik und Wirtschaft sollten vor allem Gewerkschaften, Umweltverbände, Tagebaubetroffene und Kommunen angemessen repräsentiert sein. Gleichzeitig sollten Beteiligungsangebote geschaffen werden, die allen Rheinländer*innen die Möglichkeit geben, mitzureden und mitzubestimmen, wie der Strukturwandel gestaltet wird. Institutionen wie die ZRR müssen deshalb demokratisiert werden, schwächeren Gruppen muss gegebenenfalls ein eigenes Forum zur Artikulation ihrer Bedürfnisse zur Verfügung stehen.

Das heißt konkret: Der ganze Prozess des Strukturwandels muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Es braucht eine echte und gleichberechtigte Mitgestaltung aller relevanten Interessengruppen – und vor allem der Menschen aus dem Revier. Die Machtverhältnisse in der ZRR machen grundlegende Veränderungen jedoch schwierig. Öffentlicher politischer Druck und einzelne Verbündete in den Institutionen können aber dazu beitragen, schrittweise Verbesserungen durchzusetzen. Es gibt eine Reihe von möglichen Ansatzpunkten.

- E-Democracy-Plattformen könnten eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürger*innen ermöglichen und als Gegengewicht zu den Expertennetzwerken der ZRR wirken. Hier könnten Rheinländer*innen Argumente austauschen, vorgeschlagene Projekte bewerten und eigene Vorschläge einbringen. Ein Vorbild sind die digitalen Foren, die in der spanischen 15M-Bewegung entwickelt wurden. In der Stadtpolitik von Barcelona funktioniert die Plattform decidim mittlerweile als wichtiges Instrument partizipativer Demokratie.
- Auch die ZRR selbst muss transparenter und demokratischer gestaltet werden. Sie sollte viel breiter zu ihren Veranstaltungen einladen und ihre Arbeit gut dokumentieren. Vor allem sollte die sehr einseitige Zusammensetzung im Aufsichtsrat in Richtung einer sogenannten Drittelparität verschoben werden: jeweils ein Drittel der Anteile bzw. Sitze für Politik (Kommunen, Kreise, Land), Wirtschaft (Industrie-, Handels- und Handwerkskammern) und Gewerkschaften sowie Zivilgesellschaft (Umwelt- und Sozialverbände, entwicklungspolitische Organisationen, Bürgerinitiativen etc.). Es könnten auch einige Bürgervertreter*innen direkt gewählt werden.
- Zugleich brauchen Kommunen und Zivilgesellschaft Ressourcen, um die regionale Transformation unabhängig mitgestalten zu können. So könnte ein Teil der für den Strukturwandel zur Verfügung gestellten Milliardenbeiträge durch eine Stiftung vergeben werden, die neu geschaffen werden müsste. Darin könnten zivilgesellschaftliche Gruppen und Bürger*innen entscheiden, wie die Mittel verteilt werden, oder eigenständige Projekte durchführen.

RWE entmachten

Für die von uns skizzierte Vision eines nachhaltigen, von unten gestalteten Reviers gibt es ein wesentliches Hindernis: den Konzern RWE, der mit seiner Kohlein-

dustrie Gewinne erwirtschaftet, Dörfer und Ökosysteme vernichtet und die Klimakrise anheizt. Er steht einem demokratischen Strukturwandel im Weg, weil er aufgrund der jahrzehntelangen Enteignungen für das Tagebaugeschäft große Flächen besitzt und damit eine partizipative Gestaltung des zukünftigen Reviers blockieren kann. Auch wenn der Konzern derzeit seine Strategie auf erneuerbare Energien ausrichtet und überlegt, großflächige Solaranlagen in den ehemaligen Tagebauen zu errichten: Solange diese Projekte auf RWE-Flächen realisiert werden, kontrolliert das Unternehmen auch die Umsetzung und die anfallenden Gewinne. Es ist daher kritisch zu sehen, dass RWE als ein Hauptakteur des Strukturwandels verstanden und als Partner in die wichtigen Prozesse im Rheinland eingebunden wird.

Um die Machtfülle von RWE innerhalb und außerhalb des Reviers zu begrenzen, gibt es mehrere Ansätze: Neben einem ernsthaften und schnellen Kohleausstieg sollte zügig ein öffentlicher Fonds eingerichtet werden, in den der Konzern Milliarden Euro für die Renaturierung und die Ewigkeitskosten des Tagebaus einspeisen müsste. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die noch Anteile an dem Kohleriesen halten, sollten sich ein Vorbild an anderen Gemeinden nehmen, die ihre RWE-Aktien bereits verkauft haben. Außerdem müsste die Rolle von RWE im Strukturwandel eingeschränkt werden. Politik und Raumplanung müssten klare Vorgaben machen, damit die RWE gehörenden Flächen für sinnvolle Zwecke genutzt werden können. Darüber hinaus fordern einige Akteure, darunter die Klimagerechtigkeitsbewegung und auch die LINKE in Nordrhein-Westfalen in ihrem früheren Wahlprogramm von 2010, die Enteignung von RWE. Doch auch wenn das Grundgesetz Enteignungen grundsätzlich ermöglicht (Art. 14 und 15), würde dies eine langwierige und hart umkämpfte juristische Auseinandersetzung nach sich ziehen. Ein solcher Schritt erfordert daher neben einer juristischen Aufarbeitung eine gut aufgestellte Kampagne und politische Durchsetzungskraft.

3.3 HANDLUNGSFELDER

Um die beschriebenen Ziele einer sozialökologischen Transformation im Rheinischen Revier zu erreichen, braucht es jedoch auch praktische Ansätze und Maßnahmen, die über Strukturdiskussionen hinausgehen. Daher haben wir verschiedene Handlungsfelder identifiziert, die als linke Antworten auf die Zukunftsfelder der ZRR zu verstehen sind. Die Schritte, die wir vorschlagen, sind realpolitisch, das heißt umsetzbar, und zeigen gleichzeitig, wie ein grundlegender Wandel in der Region aussehen könnte. Alle Projekte würden davon profitieren, wenn der Braunkohleabbau schnell eingestellt würde und die RWE-Flächen für alternative Nutzungen frei würden.

Demokratische Energiewende: Ein ambitionierter Ausbau erneuerbarer Energien im Revier schützt nicht nur das Klima. Er könnte dort bis 2040 auch mehr als

700 neue Arbeitsplätze schaffen (UBA 2019: 158). In Kombination mit neuen Energietechnologien wie Speichern, virtuellen Kraftwerken und Sektorenkopplung könnte damit mittelfristig eine stabile dezentrale Energieversorgung in der Region möglich werden. Unsere Idee knüpft an das Vorhaben an, das Rheinische Revier zu einer Modellregion für die Versorgung mit erneuerbarer Energie zu machen, aber sie geht auch darüber hinaus: Das Revier sollte zu einer Modellregion für Energiedemokratie werden. Eine wichtige Rolle sollten dabei bereits bestehende öffentliche Energieversorger in der Region spielen wie die Stadtwerke in Aachen, Jülich, Düren und Brühl oder die NEW Niederrhein, die in Zukunft konsequent auf Ökostrom setzen und Bürgerbeiräte einführen sollten.

Kommunen könnten Stadtwerke neu gründen und sollten am besten auch eigene Netzbetreiber aufbauen. Nach der Gründung einer eigenen Gesellschaft können die Netze, die noch zu großen Teilen in der Hand von Innogy (neuerdings EON) sind, zurückgekauft werden.²³ Ein regionales, kommunal kontrolliertes Verbundunternehmen oder die Kooperation mit einem grünen Netzbetreiber außerhalb der Region kann die nötige technische Expertise bereitstellen, die bei vielen Rekommunalisierungen ein rechtliches Hindernis ist. Öffentliche Energieversorger bieten viele Vorteile: Sie können die Energiewende vor Ort vorantreiben – zum Beispiel auf den bisherigen Flächen von RWE. Sie können soziale Energietarife anbieten und Einnahmen für die Kommune generieren. Am besten werden die Stadtwerke so aufgebaut, dass die Bewohner*innen der Gemeinde sie direkt demokratisch kontrollieren können.²⁴ Daneben können Bürger*innen Energiegenossenschaften gründen und damit ihre Energieversorgung selbst in die Hand nehmen.²⁵ Kurzum: Die Energiewende ist mittlerweile ein einträgliches Geschäft, von dem möglichst viele Menschen statt einzelne Unternehmen profitieren sollten. Zukunftsprojekte der Energieversorgung sollten daher ohne die Beteiligung von RWE geplant und umgesetzt werden.

Mobilitätswende auf dem Land: Das Rheinische Revier braucht keine neuen Straßen, sondern eine echte Verkehrswende. Seine gute geografische Lage zwischen städtischen Ballungsräumen und seine vorhandenen Bahnlinien schaffen gute Voraussetzungen, um das Revier zu einem Lernfeld für die Mobilitätswende im ländlichen Raum zu machen (vgl. Hergert 2020). Die große Herausforderung besteht darin, die Bedeutung des Autos deutlich zu reduzieren und gleichzeitig allen Menschen die Möglichkeit zu geben, mobil zu sein. Dafür muss nicht nur der Umweltverbund (Bahn, Bus, Fahrrad, Fußverkehr) attraktiver werden. Die Raumplanung muss auch gewährleisten, dass die Menschen die Orte ihres Alltags (wie Arbeitsplatz, Schule, Einkaufsmöglichkeiten) zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen können.

Öffentliche Verkehrsmittel sollten zum Rückgrat des regionalen Mobilitätssystems werden. Dafür sollten Busse und Bahnen elektrifiziert und alte Bahntras-

sen reaktiviert werden – wie die von Kerpen-Blatzheim nach Horrem und von Horrem-Götzenkirchen nach Erfstadt. Nicht zuletzt würde ein rascher Kohleausstieg alte Verkehrsverbindungen wieder freigeben, die bisher durch die RWE-Betriebsflächen versperrt sind. Pläne, diese Verbindungen für den Ausbau eines S-Bahn-Netzes zu nutzen, sind daher zu begrüßen. Das Revier sollte sich außerdem darum bemühen, die Nutzung von Bus und Bahn für die Bürger*innen kostenfrei anzubieten. Dafür braucht es ein solides Finanzierungskonzept.²⁶

Ergänzt werden sollten die öffentlichen Verkehrsmittel durch ein vielfältiges und flexibles Mobilitätsangebot: Neben guten Fuß- und Radwegen können das vor allem (elektrische und digital vernetzte) Rufbusse und geteilte Lastenräder sowie Ridesharing-Plattformen²⁷ sein. Das Unternehmen share2drive mit Sitz in Aachen hat zum Beispiel das Elektrofahrzeug SVEN als voll vernetztes und einfach zu bedienendes Auto für die «geteilte Mobilität» entwickelt.

Ökologische Landwirtschaft: Die Politik sollte nicht auf Agrobusiness, Düngemittelchemie, digitale Landwirtschaft und Hightech-Bioökonomie setzen. Vielmehr sollte sie den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft im Revier fördern und ihr zum Beispiel bisherige RWE-Flächen mit hoher Bodenqualität zur Verfügung stellen. Ökologische Landwirtschaft und die Selbstbestimmung von Produzent*innen und Konsument*innen im Sinne einer Ernährungssouveränität können die Basis bilden für ein regionales Kreislaufsystem, in dem die Herstellung, der Vertrieb und Konsum von Nahrungsmitteln nachhaltig gestaltet sind. Diese Ansätze stärken kleinbäuerliche Betriebe und bieten den Menschen gesunde, ökologisch hochwertige und regionale Lebensmittel. Und sie kommen ohne Agrarkonzerne, Großhandel und Supermarktketten aus.

In Projekten der solidarischen Landwirtschaft haben lokale Landwirtschaftsbetriebe und Verbraucher*innen bereits heute direkte Austauschbeziehungen aufgebaut. Die Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG Rheinland zieht das noch größer auf: Privatpersonen können sich finanziell an landwirtschaftlichen Betrieben, Öko-Gärtnereien, Bäckereien und Molkereien beteiligen. Gleichzeitig bilden sich Netzwerke regionaler Abnehmer*innen.²⁸ Solche Ansätze müssen im Struk-

²³ Kommunen, an deren Stadtwerken und Netzgesellschaften die bisherige RWE-Tochter Innogy beteiligt ist, können sich womöglich auf die sogenannte Change-of-Control-Klausel berufen, um ihre Energieversorgung vorzeitig zu rekommunalisieren. Mithilfe der genannten Klausel könnten die Kommunen den Gesellschaftswechsel nutzen, um sich von den Stromriesen unabhängig zu machen. ²⁴ Vgl. hierzu den Ansatz des Berliner Energietisches unter: <https://berliner-energieschicht.net/>. ²⁵ So hat Greenpeace Energy in einem öffentlichen Coup RWE Ende 2018 vorgeschlagen, dessen Kraftwerke und Tagebaue abzukaufen und bis 2025 stillzulegen. Der Ökostromhändler will das Revier zum größten Produzenten von erneuerbaren Energien machen. Eine breit aufgestellte Genossenschaft soll dort Wind- und Solaranlagen errichten und den RWE-Beschäftigten eine neue Perspektive bieten (Greenpeace Energy 2018). ²⁶ Vgl. zu einem solchen Konzept für Bremen <https://einsteigen.jetzt/>. ²⁷ Ridesharing bedeutet, dass zum Beispiel Autofahrer*innen auf einer digitalen Plattform eine Fahrt anmelden und interessierten Mitfahrer*innen – kostenfrei oder für einen bestimmten Betrag – die Mitnahme anbieten. ²⁸ Vgl. hierzu ein Beispiel aus dem Rheinland unter: www.regionalwert-rheinland.de/.

turwandel systematisch gefördert und ausgeweitet werden.

Dafür lässt sich an die erfolgreiche Arbeit des Ernährungsrats Köln und Umgebung anknüpfen.²⁹ Nach seinem Vorbild sollte ein regionaler Ernährungsrat gegründet werden, der Regionalpolitik, Landwirt*innen, Marktbetreiber*innen, Gastronomie, Zivilgesellschaft und Bürger*innen zusammenbringt. Seine Aufgabe sollte sein, konkrete Strategien zu erarbeiten, um ökologische Produktion, regionale Wertschöpfungsketten und Regionalvermarktung zu stärken.

Dorfentwicklung von unten: Das WSP formuliert mit seiner «integrierten Raumstrategie» (siehe Kapitel 2.4) einen umfassenden Planungsanspruch. Es äußert sich aber nicht zur Zukunft der Dörfer, die RWE noch abbaggern will oder die am Grubenrand liegen sollen. Und es macht kein tatsächliches Angebot, wie die vor Ort ansässigen Menschen ihren zukünftigen Lebensraum mitgestalten können. Dabei müsste sie die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit sich die Dorfgemeinschaften eigene Strukturen schaffen können, um den nachbarschaftlichen Zusammenhalt und die lokale Wertschöpfung zu stärken.

Lokal verankerte Familienunternehmen oder genossenschaftliche Zusammenschlüsse beleben die Dörfer. Sie schaffen Arbeitsplätze und verkaufen hochwertige lokale Produkte und Dienstleistungen oder sie entwickeln Projekte zur regenerativen Energieversorgung. Darüber hinaus können zivilgesellschaftliche Initiativen (wie Vereine oder Nachbarschaftsgruppen) zusammen mit der Gemeindeverwaltung die Gestaltung der Zukunft ihres Dorfes selbst in die Hand nehmen und Orte der Gemeinschaft aufbauen. Das können Treffpunkte für Kinder, Jugendliche und Alte, Bildungszentren oder Mehr-Generationen-Wohnprojekte sein.

Für Wanlo, einen Ortsteil der Stadt Mönchengladbach, der zukünftig womöglich am ausgekohnten Tagebau Garzweiler liegen wird, hat die Zivilgesellschaft zusammen mit einem Planungsbüro ein sogenanntes Dorffinnentwicklungskonzept entworfen.³⁰ Daraus ist eine dörfliche Allmende, ein gemeinschaftliches Projekt entstanden: Der Verein Dorfcampus e. V. mietet die alte Pestalozzischule von der Stadt und baut sie zu einem Dorfgemeinschaftshaus um. Eine erste Initiative darin ist ein sogenannter Makerspace, eine partizipative Tüftlerwerkstatt.

Transformation lernen: Bildung und Wissenschaft sollten nicht in erster Linie darauf ausgerichtet werden, Humankapital und Innovationen für die rheinländische Wirtschaft zu produzieren, sondern die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Nicht internationale Spitzenforschung für Unternehmensinteressen, sondern gute Bildung für alle entscheidet über den Erfolg des Strukturwandels.

Deshalb sollte in den Schulen im Revier in inklusiven Klassen bis zum Abschluss selbstbestimmt und gemeinsam gelernt werden. Das wappnet die Schüler*innen nicht nur für ihr weiteres Leben, sondern stärkt auch die Demokratie und den Zusammen-

halt in der Region. Eine Möglichkeit könnte sein, den PRIMUS-Schulversuch für gemeinsames Lernen in Nordrhein-Westfalen auf das Revier zu übertragen und auszuweiten. Wichtige Anregungen liefert dafür das Bündnis «Eine Schule für alle».³¹ Auch die Berufsbildung sollte die Menschen befähigen, die hier vorgeschlagenen Handlungsfelder mitzugestalten.

Schließlich müssten wissenschaftliche Lehre und Forschung darauf ausgerichtet sein, Fachkräfte für die nachhaltige Transformation des Reviers auszubilden und diese konstruktiv-kritisch zu begleiten. Innovationen für den Strukturwandel sollten grundsätzlich «Open Source» (also für alle zugänglich) sein und nicht durch Patente monopolisiert werden. Um dem hier vorgestellten Ansatz eine institutionelle Verankerung in der regionalen Hochschullandschaft zu geben, schlagen wir vor, dass das Land Nordrhein-Westfalen eine finanziell gut ausgestattete interdisziplinäre Forschungsgruppe «Kritische Transformationsforschung» (in Form eines Sonderforschungsbereichs) einrichtet. Diese Gruppe sollte gesellschaftliche Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit neu denken, engen Austausch mit Partnern aus der Zivilgesellschaft suchen und den Strukturwandel während des ganzen Prozesses unterstützen.

Sozialverträgliche Gebäudesanierung: Das Revier sollte zu einer Modellregion für sozialverträgliche energetische Gebäudesanierungen werden. So ließe sich zeigen, dass sich die energetischen Gebäudesanierungen, die für die Wärmewende notwendig sind, auch sozial gerecht gestalten lassen. Das ist außerdem ein vielversprechendes Tätigkeitsfeld für bislang in der Kohleindustrie beschäftigte Fachkräfte. Im Rheinischen Revier könnten im Zeitraum 2021 bis 2030 über 25.000 neue Arbeitsplätze in diesem Feld entstehen und im folgenden Jahrzehnt noch einmal knapp 13.000 (UBA 2019: 159ff.).

Damit das gelingt, muss die Politik Rahmenbedingungen schaffen, die dafür sorgen, dass Immobilienbesitzer*innen einen Anreiz haben, in die energetische Sanierung zu investieren. Oder sie müssen durch ordnungsrechtliche Maßnahmen dazu verpflichtet werden. Allerdings haben in den letzten Jahren viele Vermieter*innen die Modernisierungsumlage genutzt, um Mieten in die Höhe zu treiben und Mieter*innen zu verdrängen. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Dass eine sozialverträgliche energetische Sanierung von Wohngebäuden möglich ist, zeigen verschiedene Beispiele aus dem städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbau (Heinrich-Böll-Stiftung 2019).

Im Rahmen des Strukturwandels sollte ein Modellprojekt im Rheinland entstehen, das Gebäudesanierungen bezuschusst und an hohe Umwelt- und Effizienzstandards bindet. Das Programm könnte so den

²⁹ Weitere Informationen zum Ernährungsrat unter: www.ernaehrungsrat-koeln.de/. ³⁰ Vgl. hierzu <http://wanlo-mg.de/index.php?id=6>. ³¹ Vgl. hierzu www.nrw-eineschule.de/.

Mieter*innen garantieren, dass die Maßnahmen zu keiner Erhöhung der Warmmiete führen, ohne kleine Vermieter*innen in den Ruin zu treiben (vgl. hierzu auch DMB/DUH 2020). Öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen könnten vom Staat finanziell bei dem Vorhaben unterstützt werden, Passiv- oder Plusenergiehäuser zu bauen, zum Beispiel auf bisherigen RWE-Flächen.

Care Revolution: Eine tatsächlich nachhaltige Transformation im Revier setzt auch darauf, dass die Menschen gut versorgt werden. Zum einen dürfte RWE nicht länger mit seinen Kohlekraftwerken Feinstaub und hochgiftige Metalle wie Quecksilber über das Revier blasen und Menschen zu Umsiedlungen zwingen. Damit würde eine wichtige Ursache von medizinischen und psychischen Leiden beseitigt (Greenpeace 2013). Zum anderen bieten Krankenhäuser, Schulen, Kitas oder die Pflege ein großes Jobpotenzial. Sorgearbeit ist bisher im Wesentlichen weibliche Arbeit und wird, wenn überhaupt, nur schlecht bezahlt. Sie muss ins Zentrum eines gelingenden Strukturwandels rücken.

Damit Care-Berufe zu einer attraktiven Alternative für junge Rheinländer*innen werden, müssen allerdings große Missstände in diesem Bereich überwunden werden. Das heißt, der Care-Sektor darf nicht länger nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien gestaltet werden. Wenn sich Sorgearbeit an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren würde, wären die Beschäftigten weniger belastet und die Sorgebedürftigen (wie Kinder, Alte, Kranke) könnten mehr Zuwendung bekommen.³² Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden (was Lohnerhöhungen einschließt). Vor allem braucht es deutlich mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Dabei lässt sich

an die wichtigen (Tarif-)Kämpfe von ver.di an den Universitätskliniken in Düsseldorf und Essen anknüpfen, die von lokalen zivilgesellschaftlichen Bündnissen unterstützt werden.

3.4 STRATEGISCHER AUSBLICK

Die Linke steht im Rheinischen Revier in der Kohlefrage vor einer mehrfachen strategischen Herausforderung. Das trifft auf die Partei DIE LINKE zu genauso wie auf die sozialen Bewegungen jenseits der Partei. Zum einen müssen Linke weiterhin für einen ernsthaften Kohleausstieg streiten. Das heißt, 2025, spätestens 2030 muss das letzte Braunkohlekraftwerk im Rheinland abgeschaltet werden. Durch politischen Druck von der Straße und aus den Parlamenten muss der längst brüchige Konsens aufgekündigt werden, um einer klimagerechten Lösung den Weg zu ebnet.

Gleichzeitig muss sich die Linke viel mehr als bisher dem Strukturwandel zuwenden und dazu eine eigenständige Position entwickeln. Dass sie sich dabei für eine sichere Zukunft für die in der Kohleindustrie Beschäftigten einsetzt, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Doch das Potenzial für eine linke sozialökologische Transformation des Reviers liegt in anderen Bereichen. Um einen grundlegenden Wandel zu ermöglichen, muss sich die Linke einerseits darum bemühen, dass die ZRR demokratisiert und inhaltlich neu ausgerichtet wird. Andererseits sollte sie aus der Gesellschaft heraus einen eigenständigen Prozess organisieren, der einen Strukturwandel von unten in Gang bringt. Erste Vernetzungen in dieser Richtung sind vielversprechend. Doch an dieser großen Aufgabe müssten Parteilinke, Klimabewegung und diesem Projekt gegenüber aufgeschlossene Gewerkschaften gemeinsam arbeiten.

³² Vgl. zu entsprechenden Forderungen: www.krankenhaus-statt-fabrik.de/.

LITERATUR

A

Agora Energiewende (2017a): Eine Zukunft für die Lausitz. Elemente eines Strukturwandelkonzepts für das Lausitzer Braunkohlerevier, Berlin, unter: www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2017/Strukturwandel_Lausitz/Agora_Impulse_Strukturwandel-Lausitz_WEB.pdf.

Agora Energiewende (2017b): Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen? Eine Analyse auf Basis der elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens, Berlin, unter: www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2015/Kohlekonsens/Agora_Braunkohleregionen_WEB.pdf.

Arepo Consult (2017): Arbeitsplätze in Braunkohleregionen – Entwicklungen in der Lausitz, dem Mitteldeutschen und Rheinischen Revier. Kurzstudie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, unter: https://arepoconsult.com/wp-content/uploads/2019/11/2017_gruene_arbeitsplaetze-braunkohle_kurzstudie.pdf.

B

Bauer, Albert Hans/Schwartzkopff, Julian (2015): Das Rheinische Revier von morgen: Den Strukturwandel gestalten, im Auftrag der Environmentalism 3rd Generation, Berlin, unter: www.e3g.org/wp-content/uploads/E3G_Strukturwandel_Rheinisches_Revier_2015.pdf.

Becker, Horst (2020): Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, unter: <https://gruene-fraktion-nrw.de/parlament/parlamentarisches/anfragen/anfragendetail/nachricht/steht-und-stand-der-geschaeftsfuehrer-der-zukunftsagentur-rheinisches-revier-zrr-fuer-seine-verant.html>.

Becker, Peter (2011): Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne – zugleich ein Beitrag zur Entwicklung des Energierechts, Bochum.

Becker, Sören/Naumann, Matthias (2017): Energy democracy: Mapping the debate on energy alternatives, in: *Geography Compass* 11(8), e12321.

BEE – Bundesverband Erneuerbare Energie (2018): Von der Kohle zum Vorreiter bei Erneuerbaren Energien. Fünf Praxisbeispiele für einen erfolgreichen Strukturwandel in Deutschland, Berlin, unter: www.bee-ev.de/fileadmin/Publikationen/Studien/BEE_Strukturwandel_Best-Practice.pdf.

Berlinguer, Marco (2020): Commons, Märkte und öffentliche Politik: Experimente an der Front der technologischen Revolution, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Papers* 1/2020, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_1-2020_Commons_online_dt.pdf.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018): Strukturwandel in den Braunkohlere-

gionen, Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/strukturwandel-in-den-braunkohleregionen.html.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019a): Eckpunkte zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» für ein «Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen», Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunkte-strukturwandel.pdf?__blob=publicationFile&v=18.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019b): Referentenentwurf Strukturstärkungsgesetz, Bearbeitungsstand 27.8.2019, Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/entwurf-eines-strukturstaerkungsgesetzes-kohleregionen.pdf?__blob=publicationFile&v=12.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019c): Kohleausstieg und Strukturwandel, Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/kohleausstieg-und-strukturwandel.html.

Brand, Ulrich (2014): Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt, in: *Kurswechsel* 2/2014, S. 7–18, unter: www.beigewum.at/wp-content/uploads/Brand-Ulrich.pdf.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.

Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina (2015): Klimagerechtigkeit, in: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): *Wörterbuch Klimadebatte*, Bielefeld, S. 157–162.

BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Greenpeace/DNR – Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (2019): Ergebnis der Kohlekommission: Einstieg in den Ausstieg, Pressemitteilung, 26.1.2019, Berlin, unter: www.greenpeace.de/presse/presseerklaerungen/ergebnis-der-kohlekommission-einstieg-den-ausstieg.

C

Campact (2019): Das reicht nicht fürs Klima – unser Widerstand bleibt, Pressemitteilung, 26.1.2019. Verden, unter: www.campact.de/presse/mitteilung/20190126-pm-widerstand-bleibt/.

Carbon Tracker Initiative (2018): Powering Down Coal. Navigating the economic and financial risks in the last years of coal power, London, unter: https://carbontracker.org/wp-content/uploads/2018/11/CTI_Powering_Down_Coal_Report_Nov_2018-1.pdf.

Climate Analytic/NewClimate Institute (2019): Climate Action Tracker: Warming Projections Global Update, Berlin/Köln, unter: <https://climateactiontracker.org/>.

Cooke, Philip (2010): Regional innovation systems: development opportunities from the «green turn», in: *Technology Analysis Strategic Management* 22(7), S. 831–844.

D

De Angelis, Massimo (2019): *Omnia Sunt Communia: On the Commons and the Transformation to Postcapitalism*, London.

DIE LINKE im Kreistag Rhein-Erft (2019): Änderungsantrag zum TOP A 18 «Änderung» des Gesellschaftsvertrags der ZRR, 24.9.2019, Bergheim.

DIE LINKE im Regionalrat Köln (2019): Scharfe Kritik am Gesellschaftsvertrag für die Zukunftsagentur Rheinisches Revier, Pressemitteilung, 24.9.2019, Bergheim, unter: www.die-linke-im-regionalrat-koeln.de/aktuell/meldungsdetails-allgemein/news/pressemitteilung-scharfe-kritik-am-gesellschaftsvertrag-fuer-die-zukunftsagentur-rheinisches-revier/.

DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (2018): Kohleausstieg in NRW im deutschen und europäischen Kontext – Energiewirtschaft, Klimaziele und wirtschaftliche Entwicklung, in: Politikberatung kompakt 129, unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.598424.de/diwkompakt_2018-129.pdf.

DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin/Wuppertal Institut/Ecologic Institute(2018): Die Beendigung der energetischen Nutzung von Kohle in Deutschland. Ein Überblick über Zusammenhänge, Herausforderungen und Lösungsoptionen, Berlin/Wuppertal, unter: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7231/file/7231_Kohlereader.pdf.

DMB – Deutscher Mieterbund/DUH – Deutsche Umwelthilfe (2020): 10-Punkte-Sofortprogramm für sozialverträgliche Gestaltung der energetischen Sanierung und mehr Klimaschutz in Gebäuden, Radolfzell/Berlin, unter: www.mieterbund.de/index.php?eID=tx_nawsecuredt&u=0&g=0&t=1590245026&hash=65f6823c587688d0745990886ac5daa6f8ee8fc2&file=fileadmin/pdf/presse/20200123-DUH_10-Punkte_Programm.pdf.

E

EEFA – Energy Environment Forecast Analysis (2010): Bedeutung der rheinischen Braunkohle – Sektorale und regionale Beschäftigungs- und Produktionseffekte, im Auftrag der RWE Power AG, in: *Energie und Umwelt Analysen* 43, Münster/Berlin, unter: <http://docplayer.org/25874783-Bedeutung-der-rheinischen-braunkohle-sektorale-und-regionale-beschaeftigungs-und-produktionseffekte.html>.

EG – Ende Gelände (2019): Was die Kohlekommission vorlegt, ist kein Konsens, Pressemitteilung, 26.1.2019, Berlin, unter: www.ende-gelaende.org/press-release/pressstatement-vom-26-01-2019/.

Enhardt, Sandra (2020): Meyer Burger prüft Bau einer Fabrik für hocheffiziente Solarzellen und Module in Deutschland, in: *PV Magazine*, 4.5.2020, unter: www.pv-magazine.de/2020/05/04/meyer-burger-prueftbau-einer-fabrik-fuer-hocheffiziente-solarzellen-und-module-in-deutschland/.

G

Geels, Frank W. (2002): Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study, in: *Research Policy* 31(8–9), S. 1257–1274.

Greenpeace (2013): *Tod aus dem Schlot. Wie Kohlekraftwerke unsere Gesundheit ruinieren*, Hamburg, unter: www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace-studie-tod-aus-dem-schlot-s01652.pdf.

Greenpeace Energy EG (2018): Fact Sheet ReinRevier-Wende, Hamburg, unter: www.reinrevierwende.de/fileadmin/reinrevierwende/documents/GPE_Factsheet_ReinEnergieWende_2018-11-25.pdf.

H

Heinrich-Böll-Stiftung (2019): *Klima sozial sanieren*, Dossier, Berlin, unter: www.boell.de/de/klimasozial-sanieren?dimension1=division_kpse.

Herget, Melanie (2020): Dezentral, digital, kostenwahr & postfossil – Ansätze einer Verkehrswende in ländlichen Räumen, in: *LuXemburg* 1/2020, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/dezentral-digital-kostenwahr-postfossil-ansaeetze-einer-verkehrswende-in-laendlichen-raeumen/.

I

IG BCE – Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (2019): Kompromiss zeichnet akzeptablen Pfad zum Ende der Kohleverstromung, Pressemitteilung, 26.1.2019, Hannover, unter: <https://igbce.de/igbce/kompromiss-zeichnet-akzeptablen-pfad-zum-ende-der-kohleverstromung-23878>.

IG Metall (2019): Beschlüsse: Miteinander für Morgen. Solidarisch und gerecht. 24. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Nürnberg, unter: www.igmetall.de/download/20191018_IGM_Gewerkschaftstag_Beschluesse_24_OGT_d2f8d70513b106cf5d2e219429c9c9bed985fcc6.pdf.

IL – Interventionistische Linke/LAAG – die Lokale Anknüpfungs-AG (2019): *Nach der Kohle: Das Rheinland der Gemeinschaft bauen*, Köln, unter: https://rheinlanddergemeinschaft.noblogs.org/files/2019/12/Booklet-Klima_screen.pdf.

IÖW – Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (2017): Mehrwert einer regionalen Energiewende im Lausitzer und im Rheinischen Revier. Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale durch den Ausbau von Photovoltaik und Windenergie, im Auftrag von Greenpeace Energy EG, Berlin, unter: www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Studien/Studie_GPE-IOeW_Jobs_BK_u._EE_final.pdf.

IÖW/Prognos/IFOK/Deutsche WindGuard/Solarpraxis Engineering/Institut für ökologische Wirtschaftsforschung/Becker Büttner Held PartGmbH (2018): Erneuerbare Energien-Vorhaben in den Tagebauregionen, im Auftrag des BMWi, Berlin, unter: www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/Berichte/erneuerbare-energien-vorhaben-in-den-tagebauregionen.pdf.

K

Kaiser, Gregor/Wullweber, Joscha (2007): Ökologische Gerechtigkeit, in: Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen: Von «Ästhetik des Widerstands» bis «Ziviler Ungehorsam», Wiesbaden, S. 146–147.

Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft: Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung, Wiesbaden.

Klima Allianz Deutschland (2019): Gute Nachricht für Wald und Dörfer, aber noch deutlich zu wenig für Paris, Pressemitteilung, 26.1.2019, Berlin, unter: www.klima-allianz.de/presse/meldung/gute-nachricht-fuer-wald-und-doerfer-aber-noch-deutlich-zu-wenig-fuer-paris/.

Klute, Jürgen (2019): Strukturwandel und Industriepolitik im Ruhrgebiet. Ein historischer Überblick, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/5-19_Online-Publ_Strukturwandel.pdf.

Kungl, Gregor (2018): Die großen Stromkonzerne und die Energiewende, Frankfurt a. M.

KWSB – Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» (2019): Abschlussbericht, Berlin, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaefigung.pdf?__blob=publicationFile.

L

Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2019): Modellregion für Energieversorgung und Ressourcensicherheit, unter: www.land.nrw.de/pressemitteilung/rheinisches-revier-auf-dem-weg-zur-modellregion-fuer-energieversorgungs-und-ressourcensicherheit.

Latouche, Serge (2006): Le Pari de la Décroissance: Penser et consommer autrement pour une révolution culturelle, Paris.

M

Magnani, Natalia (2012): The Green Energy Transition: Sustainable Development or Ecological Modernization?, in: *Sociologica* 2/2012, S. 1–25.

Markwardt, Gunther/Zundel, Stefan (2017): Strukturwandel in der Lausitz – Eine wissenschaftliche Zwischenbilanz, in: *ifo Dresden berichtet* 24 (03), S. 17–22.

Markwardt, Gunther/Mißler-Behr, Magdalena/Schuster, Helmut/Zundel, Stefan/Hedderoth, Jörg (2016): Strukturwandel in der Lausitz: Wissenschaftliche Auswertung der Potentialanalysen der Wirtschaft der Lausitz ab 2010, Cottbus, unter: www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltoekonomik/public/Strukturwandel%20Lausitz/Gutachten_Strukturwandel_Lausitz.pdf.

Maschke, Lisa/Miessner, Michael/Naumann, Matthias (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 1/2020, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_1-20_Kritische_Landforschung.pdf.

Matthes, Felix/Hermann, Hauke/Mendelevitch, Roman/Cook, Vanessa (2020): Einordnung der geplanten Entschädigungszahlungen für die Stilllegungen deutscher Braunkohlekraftwerke im Kontext aktueller Entwicklungen, hrsg. vom Öko-Institut, Berlin, unter: www.oeko.de/aktuelles/2020/pauschale-entschaedigungen-fuer-braunkohlekraftwerke.pdf.

Misereor/Brot für die Welt/Powershift (Hrsg.) (2018): Weniger Autos, mehr globale Gerechtigkeit. Diesel, Benzin, Elektro: Die Antriebstechnik allein macht noch keine Verkehrswende, Aachen/Berlin, unter: www.misereor.de/fileadmin/publikationen/Studie-Weniger-Autos-mehr-globale-Gerechtigkeit.pdf.

N

NewClimate – Institute for Climate Policy and Global Sustainability (2016): Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland?, Kurzstudie im Auftrag von Greenpeace, Köln, unter: https://newclimate.org/wp-content/uploads/2016/02/160222_klimaschutz_paris_studie_02_2016_fin_neu1.pdf.

Nord LB (2019): Braunkohlerevier Mitteldeutschland – Ergänzende Überlegungen für einen erfolgreichen Strukturwandel, Magdeburg, unter: www.nordlb.de/fileadmin/redaktion/analysen_prognosen/regionalanalysen/sachsen-anhalt/2019/Sachsen-Anhalt_Report_Strukturwandel_Braunkohlerevier.pdf.

P

Polder, Peter/Gilbertson, Tamra/Tricarico, Antonio (2014): Natural Gas Lock-In: Current Politics in the European Union, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/engl/Natural-gas-lock-in.pdf.

Praetorius, Barbara et al. (2020): Stellungnahme der ehemaligen Mitglieder der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB), 21.1.2020, Berlin, unter: www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/kohle/kohle_kommission_stellungnahme_ehemalige.pdf.

Prause, Louisa/Dietz, Kristina (2020): Die sozial-ökologischen Folgen der E-Mobilität. Konflikte um den Rohstoffabbau im Globalen Süden, in: Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hrsg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität, Bielefeld, S. 329–354.

Prognos AG (2018): Zukünftige Handlungsfelder zur Förderung von Maßnahmen zur Strukturanpassung in Braunkohleregionen, Metastudie im Auftrag des BMWI, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/endbericht-prognos-zukuenftige-handlungsfelder-foerderung-von-massnahmen-zur-strukturanpassung-in-braunkohleregionen.pdf?__blob=publicationFile&v=16.

R

Roth, Duncan/Kropp, Per/Sujata, Uwe (2020): Die Braunkohlebranchen des Rheinischen Reviers und der Tagebaukreise. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Bonn, unter: http://doku.iab.de/regional/NRW/2020/regional_nrw_0220.pdf.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) (2019): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz, Studien 4/2019, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-19_Nach_der_Kohle.pdf.

RWE AG (2019): Fachbeitrag der RWE Power zum Regionalplan Köln (mit Anregungen zum Regionalplan Düsseldorf), Essen, unter: www.group.rwe/nachbarschaft/rwe-vor-ort/flaechenmanagement.

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018): Strukturdaten für die Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung», im Auftrag des BMWI, Essen, unter: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-projektberichte/rwipb_strukturdaten_braunkohleregionen_endbericht.pdf.

S

Sander, Hendrik (2016a): Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima, Berlin.

Sander, Hendrik (2016b): Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland: Entwicklung und Perspektive, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): De-growth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg.

U

UBA – Umweltbundesamt (2019): Klimaschutz und Kohleausstieg: Politische Strategien und Maßnahmen bis 2030 und darüber hinaus, Dessau-Roßlau, unter: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-06-25_climate-change_27-2019_kohleausstieg_v2.pdf.

V

Vallentin, Daniel/Wehnert, Timon/Schüle, Ralf/Möller, Helena (2016): Strategische Ansätze für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz. Was lässt sich aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und dem Rheinischen Revier lernen?, im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag, Potsdam, hrsg. vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal, unter: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/fileadmin/ltf_brandenburg/Dokumente/Publikationen/Studie_Strukturwandel_Lausitz.pdf.

W

Wehnert, Timon/Bierwirth, Anja/Buschka, Michael/Hermwille, Lukas/Mersmann, Florian (2017): Kohleausstieg und Strukturwandel, neue Wege für Europas Kohleregionen. Eine Analyse der EU-Strukturförderung in vier europäischen Kohleregionen, im Auftrag der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament, hrsg. vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal, unter: www.skakeller.de/fileadmin/material/Braunkohle/Kohleausstieg_und_Strukturwandel_neue_Wege_f%C3%BCr_Europas_Kohleregionen.pdf.

Wissen, Markus (2001): Strukturpolitische Intervention und ungleiche Entwicklung. Zur Rolle des Staates im Strukturwandel, in: *Geographische Revue* 1/2001, S. 3–22, unter: https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/2229/file/gr1_01_Ess01.pdf.

Z

Zebalog (2020): Präsentation zum ersten Treffen der Spurguppe für die Bürgerbeteiligung im Rheinischen Revier, 16.3.2020, unter: www.rheinisches-revier.de/media/praesentation_1_spurgruppentreffen-2020-03-16_final.pdf.

Zimmer, Annette (2012): Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft, in: bpb Dossier: Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Berlin, unter: www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138713/dimensionen.

ZRR – Zukunftsagentur Rheinisches Revier (2018/2019): Gesellschaftsvertrag: Änderungsbeschlüsse aus den Gesellschafterversammlungen am 21.9.2018, 14.12.2018 und 3.5.2019, Beschlussvorlage für den Kreistag Rhein-Erft, Drucksache 214/2019, Bergheim/Kreistag.

ZRR – Zukunftsagentur Rheinisches Revier (2019): Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0., Jülich, unter: www.rheinisches-revier.de/media/wsp_1-0_web.pdf.

350.org (2019): Kohleausstieg bis 2038 ist kein gesellschaftlicher Konsens, Pressemitteilung, 26.1.2019, München, unter: <https://350.org/de/press-release/kohleausstieg-bis-2038-ist-kein-gesellschaftlicher-konsens/>.

ANHANG

A LISTE DER IM RHEINISCHEN REVIER GEFÜHRTEN INTERVIEWS

Kürzel	Institution	Name	Datum
I-BfB	Buirer für Buir e. V.	Büttgen, A.	18.12.2019
I-DWa	Dorfcampus Wanlo e. V.	Chichy, A.	17.12.2019
I-IHK	IHK Aachen	Piecha, P.	19.12.2019
I-LEE	LEE NRW e. V.	Priggen, R.	19.12.2019
I-ANS	Allianz für Nachhaltigen Strukturwandel e. V.	Hoensbroich, G.	20.12.2019
I-ZKS	Zivilgesellschaftlicher Koordinierungskreis	Grothus, A.	12.12.2019
I-BUND	Bund NRW	Jansen, D.	16.12.2019
I-IGBCE	IG BCE	Maresch, M.	10.01.2020
I-Merz	Bürgermeister Merzenich	Gelhausen, G.	30.12.2019

B ÜBERBLICK ÜBER DIE GESELLSCHAFTER DER ZUKUNFTSAGENTUR RHEINISCHES REVIER

Gesellschafter der ZRR	Zahl der Geschäftsanteile
Kreis Düren	8
Kreis Euskirchen	8
Kreis Heinsberg	8
Rhein-Erft-Kreis	10
Rhein-Kreis Neuss	10
Stadt Mönchengladbach	10
Städteregion Aachen	8
Zweckverband Region Aachen	8
Handwerkskammern Aachen	3
Handwerkskammern zu Köln	3
Handwerkskammern Düsseldorf	3
Industrie- und Handelskammer Aachen	6
Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein	6
Industrie- und Handelskammer zu Köln	6
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie	3
DGB Nordrhein-Westfalen	Beitritt im Herbst 2019 beschlossen

C ÜBERSICHT ÜBER DIE AKTEURE IM RHEINISCHEN REVIER

Staatliche Akteure

Landkreise

Die Kreise Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Kreis Neuss sind am stärksten von dem Braunkohleabbau geprägt und somit potenziell besonders vom Strukturwandel betroffen. Sie sind entsprechend auch in den Gremien und Prozessen der Zukunftsagentur Rheinisches Revier präsent. Daneben beginnen die Kreise teilweise mit dem Aufbau eigener Strukturen.

Regionalräte und Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf

Die Bezirksregierungen und die sie kontrollierenden Regionalräte sind die zentralen Träger*innen der Raumplanung in Nordrhein-Westfalen, sodass sie mögliche Flächen für Projekte, zum Beispiel in ehemaligen oder noch bestehenden Tagebauen, beschließen können. Bezirksregierungen und Regionalräte werden insbesondere dort in die Prozesse der Zukunftsagentur Rheinisches Revier eingebunden, wo es um Fragen der Raumplanung geht.

Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Wirtschaftsministerium ist in der Landesregierung federführend für den Strukturwandel zuständig. Es hat eine Stabsstelle geschaffen, die den Strukturwandelprozess politisch lenken soll. Um ein breites Akteursspektrum einzubeziehen, hat das Ministerium im November 2019 einen Beirat einberufen, dem neben RWE und anderen Unternehmen auch der Landesverband Erneuerbare Energien NRW und verschiedene Forschungseinrichtungen angehören.

Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR)

Die ZRR ist eine GmbH, von Kreisen und Wirtschaftskammern getragen, die von der Landesregierung beauftragt wurde, den Prozess des Strukturwandels zu organisieren. Sie hat mit verschiedenen Akteuren zusammen ein Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Revier erarbeitet. Die ZRR ist ein zentrales Gremium für Diskussionen über die Zukunft der Region und damit Gegenstand politischer Konflikte um Einfluss und Beteiligung auf und am Strukturwandel.

Wirtschaft

Industrie- und Handelskammern (IHK)

Die Industrie- und Handelskammern sind die rechtliche Vertretung aller Unternehmen in einer Region (außer von Handwerksbranchen und Landwirtschaft). Alle Unternehmen sind in den Kammern Mitglied und haben eine Stimme, nicht nur Großunternehmen. Im Rheinischen Revier sind folgende Kammern aktiv: die

IHK zu Köln, die IHK Mittlerer Niederrhein mit Sitz in Krefeld und allen voran die IHK Aachen. Letztere ist für weite Bereiche des Rheinischen Reviers zuständig und durch ihre gute Vernetzung ein zentraler Akteur im Strukturwandel.

Landesverband Erneuerbare Energien Nordrhein-Westfalen

Dieser Verband ist das Sprachrohr der Unternehmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien aktiv sind. Unter anderem setzt er sich für den Ausbau der Windenergie im Land ein. Der Verband ist Mitglied der Klima-Allianz auf Bundesebene und engagiert sich auch im Revier für die Energiewende.

RWE Power AG

RWE ist einer der größten Energiekonzerne Europas und als Aktiengesellschaft organisiert. Das Unternehmen agiert international, ist allerdings durch den Konzernsitz in Essen und einige kommunale Anteilseigner in Nordrhein-Westfalen verankert. RWE betreibt die Tagebaue sowie die angeschlossenen Braunkohlekraftwerke im Rheinischen Revier. Mit der Übernahme der Erneuerbaren-Energie-Sparte in einem Deal mit EON versucht RWE, sein grünes Portfolio auszubauen, will aber gleichzeitig möglichst lange Braunkohle im Rheinischen Revier fördern.

Zebralog

Zebralog ist ein Bonner Planungs- und Kommunikationsbüro, das im Jahr 2020 einen Beteiligungsprozess im Rahmen der Zukunftsagentur Rheinisches Revier organisieren soll. Ziel des Prozesses ist neben einer partizipativen Diskussion des Wirtschafts- und Strukturprogramms die Erarbeitung einer Revier-Charta, in der die Bürgerbeteiligung im Strukturwandel definiert werden soll.

Gewerkschaften

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)

Die IG BCE ist eine mächtige Gewerkschaft im Rheinischen Revier, nicht nur wegen der Braunkohletagebaue und -kraftwerke, sondern auch wegen der starken chemischen Industrie im Osten des Reviers. Die IG BCE gilt als zurückhaltender Akteur im Strukturwandel und versucht, möglichst viele Arbeitsplätze in den entsprechenden Branchen zu sichern.

Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)

Die IG Metall vertritt Beschäftigte in mehreren Industriezweigen. Auch wenn die Gewerkschaft die Energiewende unterstützt, besteht die Sorge, dass neben der Digitalisierung auch der Kohleausstieg zu Verlusten von Arbeitsplätzen führen wird, zum Beispiel im Kraftwerkbau, aber auch durch höhere Energiepreise für die Stahlindustrie.

ver.di

Die Dienstleistungsgewerkschaft organisiert ein breites Spektrum von Berufsgruppen, insbesondere im Gesundheitsbereich, aber auch in der Energieversorgung. Vor diesem Hintergrund befürwortet sie die Energiewende, verteidigt aber auch die Interessen ihrer betroffenen Mitglieder.

Wissenschaftseinrichtungen**Forschungszentrum Jülich**

Das Forschungszentrum Jülich ist neben Universitäten der umliegenden Städte die wichtigste Forschungseinrichtung in der Region. Im Jahr 1956 wurde es vom Land Nordrhein-Westfalen als Anstalt zur Erforschung und Entwicklung von Atomenergiereaktoren gegründet. Heute ist das Zentrum ein wichtiger Partner in zukunftsgerichteten Forschungsprojekten, insbesondere im Hightech-Bereich.

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Die RWTH Aachen gilt als Eliteuniversität und ist für ihre Forschungsstärke in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie ihre guten Beziehungen zur regionalen Industrie bekannt. Wissenschaftler*innen waren in den verschiedenen Revierknoten des von der Zukunftsagentur Rheinisches Revier organisierten Prozesses sehr präsent – neben den technisch orientierten Knoten auch im Bereich Raum.

Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie

Das Wuppertal-Institut ist eine der führenden Forschungseinrichtungen für Transitionen zur Nachhaltigkeit in Deutschland. Das Institut finanziert sich über Projekte und ist durch verschiedene Studien im Themenfeld Nachhaltigkeit und Strukturwandel bekannt geworden. Das Institut ist Partner im einen im Mai 2020 begonnenen von der Europäischen Union geförderten Forschungsprojekt zum Thema «Carbon-Intensive Regions».

Sonstige zivilgesellschaftliche Akteure**Allianz für nachhaltigen Strukturwandel**

Die Allianz ist ein Verein in Gründung, der aus der Arbeit des Zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreises Strukturwandel hervorgegangen ist und diese unterstützen soll. Im Herbst 2019 gegründet, besteht sie aus verschiedenen Arbeitsgruppen, die eigenständige zivilgesellschaftliche Konzepte zum Strukturwandel entwickeln und in den von der Zukunftsagentur Rheinisches Revier organisierten Prozess einbringen sollen.

Augeco2hlt

Augeco2hlt ist eine tragende Gruppe des Widerstands gegen die Braunkohle in der Region. Wie viele Akteure in der Klimabewegung ist sie weiterhin dem Kampf für einen schnellen Kohleausstieg und eine Stilllegung der Kohleindustrie im Rheinischen Revier verpflichtet, unter anderem auch als Teil des Bündnisses Ende Gelände. Parallel dazu hat sie damit begonnen, eigene Visionen und Vernetzungen zum Strukturwandel zu entwickeln.

Buirer für Buir

Buirer für Buir ist ein Beispiel für verschiedene Dorfvereine von Tagebaurandorten. Die Bürgerinitiative rückte vor allem durch die Proteste um den Hambacher Forst ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Buir ist ein Ortsteil der Stadt Kerpen und liegt direkt am Tagebau Hambach.

Dorfcampus e. V. Wanlo

Der Dorfcampus ist ein Verein aus dem Mönchengladbacher Stadtteil Wanlo, der nach derzeitigen Plänen direkt am zukünftigen Rand des Tagesbaus Garzweiler gelegen sein wird. In der ehemaligen Pestalozzi-Schule betreibt der Verein ein Gemeinschaftshaus mit einem MakerSpace – beides Ideen, die im Rahmen eines Dorffinnentwicklungskonzepts in Kooperation der örtlichen Zivilgesellschaft mit einem Planungsbüro entstanden.

Interventionistische Linke (IL)

Die IL ist eine Organisation mit mehr als 30 Ortsgruppen, die sich für eine kommunistische Gesellschaft einsetzt. Von Beginn an war sie in der deutschen Klimabewegung aktiv, unter anderem bei Ende Gelände. Zusammen mit der Lokalen Anknüpfungs-AG hat sie eine Broschüre zum Strukturwandel aus linker Perspektive veröffentlicht, in der sie die Enteignung von RWE vorschlägt.

Klima-Allianz Deutschland

Die Klima-Allianz Deutschland ist ein breites Bündnis verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, das Klimapolitik voranbringen will. Die Allianz unterhält ein Regionalbüro mit mehreren Mitarbeiter*innen in Düren. Das macht sie zur zivilgesellschaftlichen Organisation in der regionalen Strukturwandel- und Klimapolitik, die am besten mit professionellen Ressourcen ausgestattet ist.

Zivilgesellschaftlicher Koordinierungskreis Strukturwandel (ZKS)

Der ZKS ist ein zentrales Koordinationsgremium der Zivilgesellschaft in der Region. Er vereint verschiedene Gruppen aus dem Rheinischen Revier, darunter Umweltverbände, Dorfvereine aus Tagebaurandorten, kirchliche Gruppen und Privatpersonen. Er bringt sich in die Diskussionen der Zukunftsagentur Rheinisches Revier ein, entwickelt aber auch eigenständige Konzepte.

